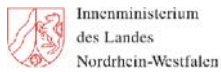
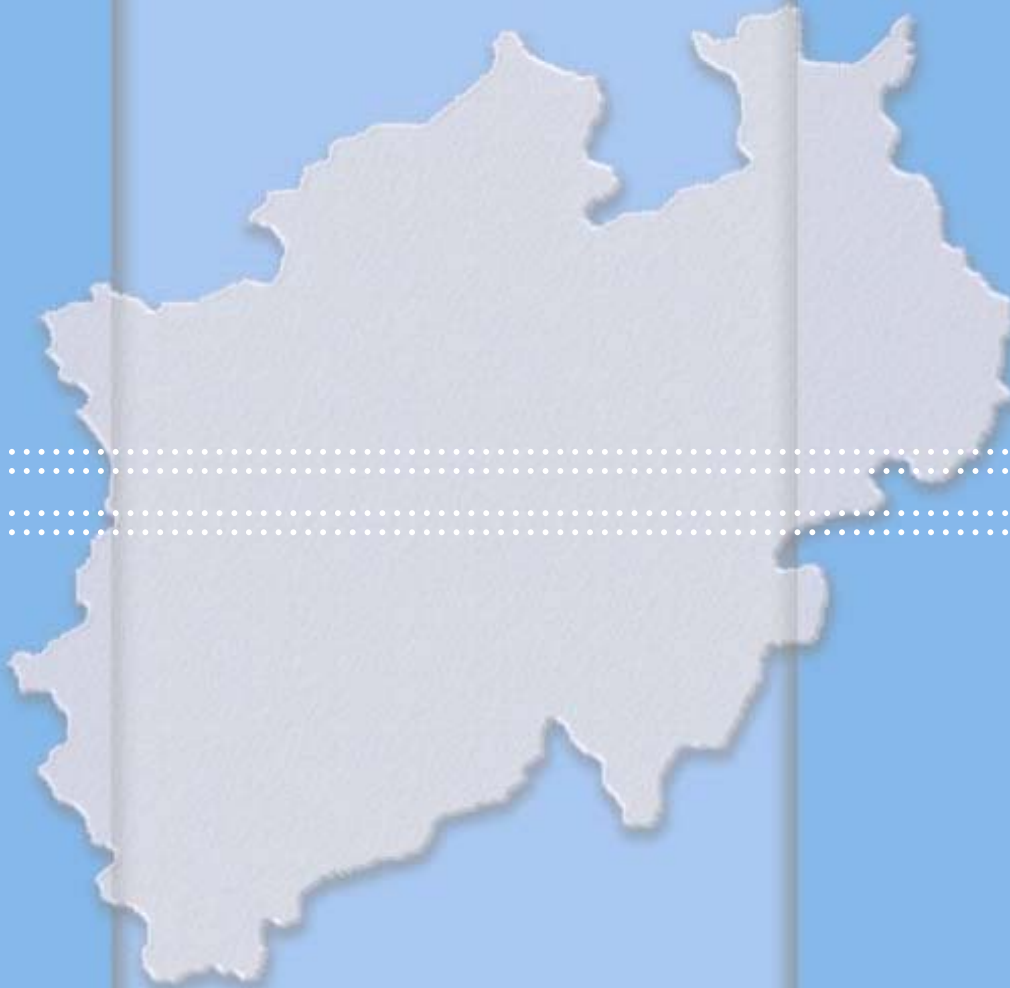


# Rechtsextremismus

*Ursachen und Gegenstrategien*



Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen  
Im Mai 2003  
[www.im.nrw.de/verfassungsschutz](http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz)



## **Impressum**

Herausgeber: Innenministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Abteilung Verfassungsschutz

Postfach 103013  
40021 Düsseldorf  
Haroldstraße 5  
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 871 – 2821

Telefax: 0211 / 871 – 2980

E-Mail:

Bestellung: [bestellung@im.nrw.de](mailto:bestellung@im.nrw.de)

Internet: <http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz>

<http://www.NRWGegenRechts.de>

**Redaktionsschluss: Mai 2003**

## **Einleitung**

Rechtsextremismus ist eine Gefahr für die Demokratie. Diese Aussage nutzt auch durch langjährige und stete Wiederholung nicht ab, sie ist immer noch aktuell und wahr. Daran ändern die geringen Stimmanteile der rechtsextremistischen Parteien bei der Bundestagswahl im Jahr 2002 ebenso wenig wie der Rückgang der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum. Wahlerfolge und Straftaten sind aber nur zwei von vielen Bestandteilen, aus denen sich das Bild des Rechtsextremismus zusammensetzt. Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist es daher wichtig, das ganze Spektrum der denkbaren Handlungsfelder und -möglichkeiten im Blick zu behalten.

Der vorliegende Bericht wurde im Mai dieses Jahres dem Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturenreform des nordrhein-westfälischen Landtags übergeben.

Ziel des Berichts ist nicht ausschließlich, einen Überblick über mögliche Ursachen von Rechtsextremismus zu geben. Vielmehr soll zusätzlich gezeigt werden, welche modernen Strategien und Modelle zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gegenwärtig in Politik und Gesellschaft entwickelt oder auch bereits in der Praxis angewendet werden.

Neben einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen standen dem Verfassungsschutz NRW erstmals auch Ergebnisse aus eigenen Befragungen von Rechtsextremisten für eine Auswertung zur Verfügung. So konnten Gespräche mit Skinheads, Neonazis und potenziellen Aussteigern aus der rechtsextremistischen Szene geführt und für eine detaillierte Analyse genutzt werden.

Eine wesentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes NRW ist es, die Bevölkerung über verfassungsfeindliche Tendenzen zu informieren und aufzuklären. Dazu gehört auch, mögliche Auswege aus dem Rechtsextremismus aufzuzeigen. Ideen und Denkanstöße ergeben sich dabei auf verschiedenen Handlungsfeldern. Ob Schulen oder Familien, Unternehmen oder Polizei, Politik oder Medien: in vielen Bereichen gibt es erfolgversprechende Ansätze, die teilweise bereits in die Praxis übertragen wurden. Der Bericht versucht Hinweise darauf zu geben, was in Zukunft getan werden kann und welche Instrumente erforderlich sind. Er versucht zu verdeutlichen, dass die gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung und das Engagement aller Bürger unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung des Rechtsextremismus sind.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Grundlagen .....</b>	<b>1</b>
1.1	Ziel der vorliegenden Analyse .....	1
1.2	Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen.....	1
1.2.1	Rückblick .....	1
1.2.2	Die Entwicklung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten in NRW .	2
<b>2.</b>	<b>Theorien über die Ursachen von Rechtsextremismus .....</b>	<b>7</b>
2.1	Psychologische Deutungsmuster.....	8
2.2	Soziale Deutungsmuster.....	9
2.3	Politische Deutungsmuster.....	11
2.4	Bewertung .....	14
<b>3.</b>	<b>Einordnung eigener Befragungsergebnisse .....</b>	<b>15</b>
3.1	Beschreibung der Stichproben.....	15
3.1.1	Hintergrundgespräche .....	17
3.1.2	Aussteigergespräche.....	22
3.2	Bezugspunkte zu bekannten Theoriemodellen.....	27
<b>4.</b>	<b>Typische Konfliktmuster / Fallbeispiele.....</b>	<b>29</b>
4.1	Andreas - der Mitläufer .....	30
4.2	Björn - der Schläger .....	31
4.3	Claus - der Ideologe .....	32
<b>5.</b>	<b>Das Land NRW im Kampf gegen Rechtsextremismus .....</b>	<b>33</b>
5.1	Aktionsprogramm und Bündnisarbeit der Landesregierung .....	33
5.2	Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten und HelpLine.....	34
5.3	Verfassungsschutz durch Beobachtung und Aufklärung .....	36

<b>6.</b>	<b>Neuere Entwicklungen im Kampf gegen Rechtsextremismus .....</b>	<b>37</b>
6.1	Schule/Pädagogik, Sozialarbeit, Erziehung .....	38
6.1.1	Schule .....	38
6.1.2	Familie.....	40
6.1.3	Außerschulische Jugendarbeit.....	42
6.1.4	Arbeitsplatz .....	45
6.2	Polizei und Justiz.....	47
6.2.1	Prävention.....	47
6.2.2	Fortbildung .....	49
6.2.3	Repression .....	50
6.3	Politik, politische Bildung, Medien.....	52
6.3.1	Politik .....	52
6.3.2	Politische Bildung .....	54
6.3.3	Medien.....	56
6.4	Erkenntnisse und Folgerungen .....	58
<b>7.</b>	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>60</b>

## **1. Grundlagen**

Im Arbeitsbereich 'Gesellschaftswissenschaftliche Analysen' des Verfassungsschutzes NRW befassen sich Wissenschaftliche Mitarbeiter unter anderem mit Konzepten und Theorien zur Erklärung des Phänomens Rechtsextremismus. In Verbindung mit dem klassischen Beobachtungsauftrag einer Verfassungsschutzbehörde können so eigene Beobachtungen und wissenschaftliche Forschungsergebnisse verknüpft werden.

### **1.1 Ziel der vorliegenden Analyse**

Grundsätzliches Anliegen dieser Analyse ist es, der Politik und anderen Interessierten Erkenntnisse aus den umfangreichen Forschungsarbeiten zum Thema Rechtsextremismus in Verbindung mit Erkenntnissen aus eigenen Beobachtungen und Befragungen vorzustellen.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema wird ein Überblick über verschiedene wissenschaftliche Erklärungsansätze für die Entstehung von Rechtsextremismus gegeben. Anschließend wird der Versuch unternommen, eigene Erkenntnisse in diese Modelle einzuordnen. Dieser Bericht schließt jedoch nicht mit dieser Ist-Analyse ab – es werden auch mögliche Auswege aus dem Rechtsextremismus betrachtet. Neben die Darstellung der Aktivitäten des Landes NRW treten neuere Vorschläge und Ansätze, unter anderem aus jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen.

### **1.2 Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen**

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen kann nicht isoliert von der bundesweiten Entwicklung gesehen werden. Vor allem aufgrund von Ereignissen oder Aktionen, die in der gesamten deutschen Öffentlichkeit für Aufsehen sorgen, lassen sich häufig auch für die Bundesländer Entwicklungstendenzen feststellen oder vorhersagen.

#### **1.2.1 Rückblick**

Die Bundesrepublik Deutschland hat – vereinfacht dargestellt – bis heute drei Wellen des Rechtsextremismus erlebt: Die erste endete 1952 mit dem Verbot der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP), die zum Sammelbecken ehemaliger NSDAP-Mitglieder geworden war. Die zweite drückte sich im Erstarken der NPD in den späten 60er Jahren aus, die insgesamt in sieben Länderparlamente einzog und nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasste.

Die dritte Welle schließlich begann Anfang der 90er Jahre, denn nach 1989 erlebten rechtsextremistisches Gedankengut und fremdenfeindliche Gewalt in Ost- und Westdeutschland eine bedrohliche Renaissance. Spätestens mit den Anschlägen von Rostock, Mölln und Solingen 1992/93 war klar, dass es

unter bestimmten Bedingungen an jedem Ort zu Auswüchsen rechter Gewalt kommen kann. Diesen weltweit bekannt gewordenen Fanalaten folgten wiederum Wellen rechtsextremistischer Straftaten.

### 1.2.2 Die Entwicklung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten in NRW

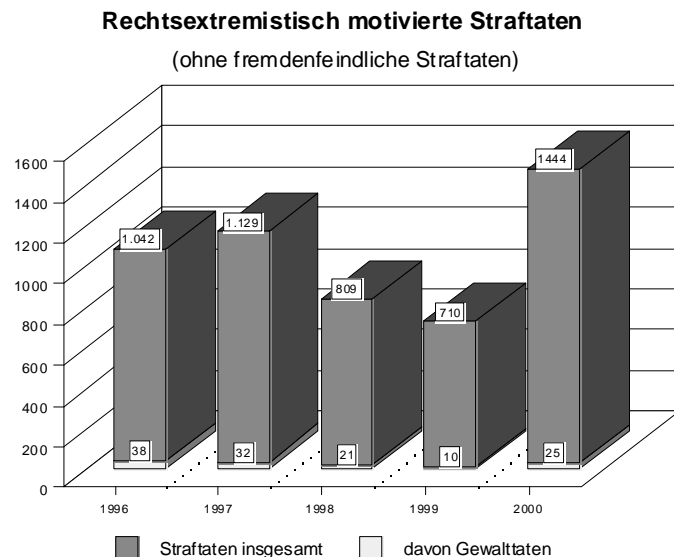
Die Statistiken über politisch motivierte Straf- und Gewalttaten für die Jahre 1996 bis 2002 lassen sich aufgrund unterschiedlicher Bewertungskriterien nur eingeschränkt vergleichen.

Grund hierfür ist, dass sich die Konferenz der Innenminister im Jahr 2001 mit dem Ziel, eine bundeseinheitliche Erfassung und Bewertung politisch motivierter Straftaten sicherzustellen, auf ein neues System zur Definition politisch motivierter Kriminalität verständigt hat.

Ausschlaggebend für die Reform war, dass die bisherigen Statistiken das tatsächliche Erscheinungsbild rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt nicht hinreichend darstellen konnten, da die Bewertungskriterien nicht differenziert genug waren. Seit 2001 steht deshalb nicht mehr der ausschließlich auf Systemüberwindung gerichtete Extremismusbegriff im Mittelpunkt der Definition, sondern die tatauflösende politische Motivation des Täters. Außerdem wird die Deliktsqualität nach politisch motivierter Kriminalität, politisch motivierter Gewaltkriminalität und Terrorismus differenziert. Das veränderte System hat zur Folge, dass die im folgenden Abschnitt dargestellten Zahlen für die Jahre 2001 und 2002 nicht detailliert mit den Zahlen der vorhergehenden Jahre verglichen werden können. Dennoch bieten sie einen Überblick über die wesentlichen Entwicklungen.

Dem nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt sind auf der Grundlage des alten Erfassungssystems von 1996 bis 2000 die in der nachstehenden Abbildung dargestellten rechtsextremistischen Straftaten gemeldet worden:

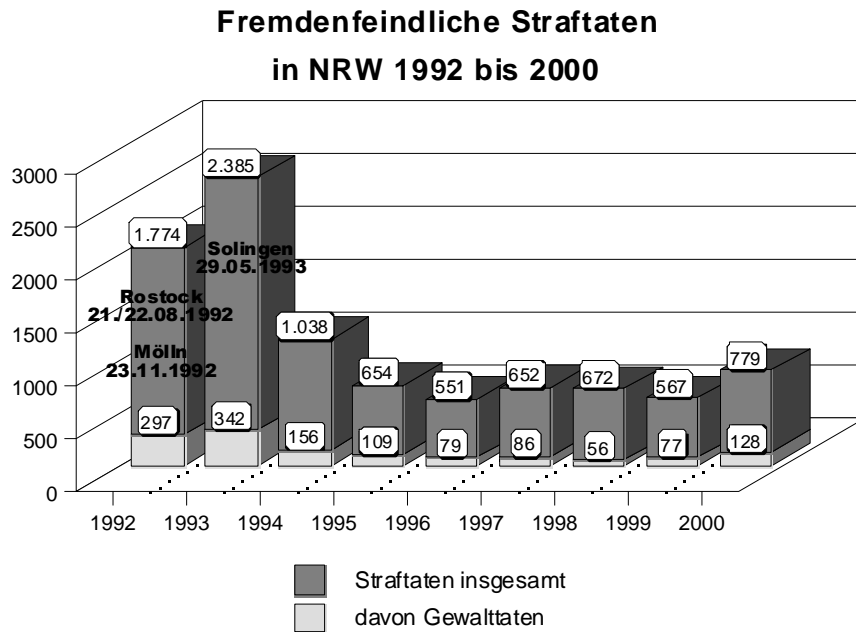
Abbildung 1 Quelle: LKA NRW



Für die Jahre 1992 bis 2000 ergibt sich in der Kategorie der fremdenfeindlichen Straftaten folgendes Bild:

Abbildung 2

Quelle: LKA NRW



Aus den Abbildungen lässt sich ersehen, dass die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten unmittelbar nach der Gewaltserie von Rostock, Mölln und Solingen in den Jahren 1992 und 1993 deutlich zurückging und sich in den Jahren 1995 bis 1999 stabilisierte.

Bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten wird ein eindeutiger Rückgang in den Jahren 1997 bis 1999 erkennbar.

In beiden Darstellungen ist aber bemerkenswert, dass für das Jahr 2000 gegenüber dem Jahr 1999 ein deutlicher Anstieg der Straftaten zu verzeichnen ist.

Über die Gründe für einen solchen Anstieg gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Eine Auffassung besagt, dass Straftaten auf spektakuläre Ereignisse zurückgeführt werden können, die unmittelbar zuvor die Berichterstattung in den Medien beherrscht haben.

Auf diese Weise könnten Rechtsextremisten gewissermaßen zu Straftaten inspiriert oder auch Aktionen von Trittbrettfahrern provoziert werden.<sup>1</sup>

Im Jahr 2000 kommt dafür als Ereignis etwa der unaufgeklärte Sprengstoffanschlag auf eine Düsseldorfer S-Bahn-Station in Frage.

<sup>1</sup> vgl. Brosius/Esser: Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, Opladen 1995, S.195

Eine weitere Auffassung geht davon aus, dass öffentliche Diskussionen über umstrittene Themen, vor allem wenn sie sehr heftig geführt werden, zu einer Zunahme von Straftaten führen können. Es werde dann gleichsam eine Spirale in Gang gesetzt, da die öffentliche Diskussion zu mehr Straftaten führe, worauf es wiederum zu einer verstärkten Diskussion komme usw.<sup>2</sup>

Zu nennen sind für das Jahr 2000 etwa die Diskussion über den Verbotsantrag gegen die NPD oder die Erörterung von Maßnahmen zur Eindämmung des Rechtsextremismus, die zunächst zu einem Anstieg rechtsextremistischer Straftaten beigetragen haben könnten, die dann aber zu zielgerichteten Aktionen von Politik und Gesellschaft führten, wie etwa dem 'Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus' der Landesregierung, dem landesweiten Bündnis 'Für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit' und auch vielen privat getragenen Initiativen.

Neben all diesen Gründen ist hinsichtlich des Anstiegs rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten im Jahr 2000 aber auch zu berücksichtigen, dass ausweislich der Verfassungsschutzberichte des Landes NRW von 1996 bis 2002 die Zahl der militanten Rechtsextremisten und Skinheads kontinuierlich gestiegen ist.

Lag sie 1996 noch bei 400, so stieg sie nach einem einmaligen Rückgang im Jahr 1998 auf 910 im Jahr 2002 (die Zahlen 1997-2001: 460, 410, 680, 720, 850).

Dass aber bei einem Anstieg der Zahl potenzieller Täter das Risiko einer Zunahme der Straftaten wächst, dürfte kaum verwundern.

Einschränkend ist jedoch anzuführen, dass der Anstieg der Zahl der militanten Rechtsextremisten und Skinheads teilweise auch auf genauere Erkenntnisse zurückzuführen ist:

Die intensiviertere Berichterstattung über rechtsextremistische Straftaten in den Medien hat dazu beigetragen, für das Thema Rechtsextremismus gesamtgesellschaftlich eine höhere Sensibilität zu schaffen. In der Folge entstand ein verändertes Anzeigeverhalten in der Bevölkerung; dank aufmerksamer Bürgerinnen und Bürger erhielten und erhalten die Ermittlungsbehörden von mehr Vorfällen Kenntnis als noch vor einigen Jahren. Auch Polizistinnen und Polizisten verhielten sich teilweise anders, insofern als mehr Straftaten als rechtsextremistisch eingestuft und (statistisch) erfasst wurden.

Eine weitere Ursache für die zunehmende Zahl der Straftaten ist der Anstieg bei den Propagandadelikten.

Hierzu zählen die Straftatbestände der §§ 86 und 86a StGB. Danach ist es strafbar, Propagandamittel bzw. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen herzustellen, zu verbreiten, vorrätig zu haben

---

<sup>2</sup> vgl. Koopmans: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als einwanderungs- und ausländerpolitisches Problem, in: Andrea Grimm (Hg.): Rechtsextremismus. Bestandsaufnahme, gesellschaftliche und politische Folgerungen, Locom 2000, S. 21

und ein- oder auszuführen, welche die Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation, einer Nachfolgeorganisation oder einer rechtskräftig verbotenen Gruppe fortsetzen sollen.

Propagandamittel sind Medien, die sich auf aggressive Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Kennzeichen sind Fahnen, Abzeichen, Uniformteile, Parolen und Grußformeln. Im weiteren Sinne wird auch die Volksverhetzung – das heißt der Aufruf zu Hass und Gewalt gegen Bevölkerungsgruppen – nach § 130 StGB zu den Propagandadelikten gezählt. Propagandadelikte können mit Freiheitsstrafen bis zu drei oder fünf Jahren bestraft werden.

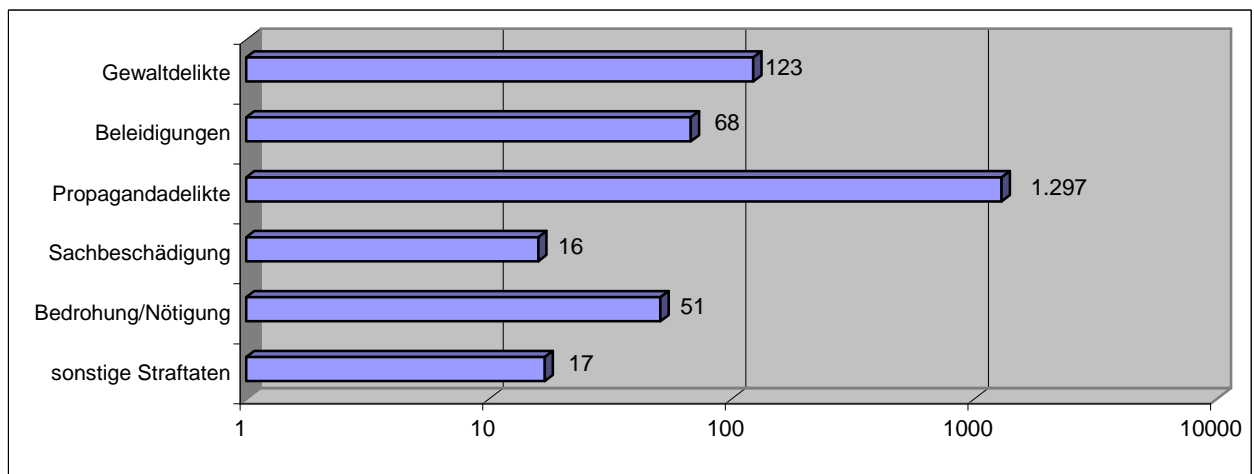
Letztendlich dürften alle diese Ursachen gemeinsam dazu beigetragen haben, dass für das Jahr 2000 eine deutliche Zunahme der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten zu konstatieren ist.

Für das Jahr 2001 wurde das oben beschriebene, neue Definitionssystem erstmals konsequent angewendet. Es ergaben sich folgende Werte:

Abbildung 3

Quelle: LKA NRW

### Politisch motivierte Kriminalität – rechts – 2001



Die Darstellung veranschaulicht, dass der größte Teil (83%) der Delikte im Bereich der so genannten 'Politisch motivierten Kriminalität – rechts –' Propagandadelikte waren.

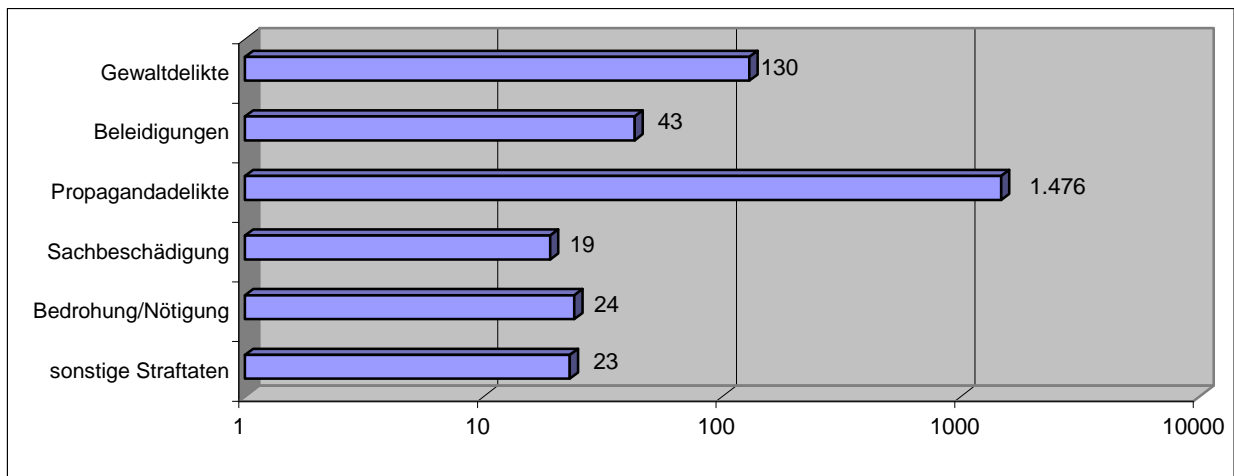
8% (123 Fälle) der Delikte wurden als Gewaltdelikte eingestuft, davon 120 Fälle von Körperverletzung, 2 Brand- und Sprengstoffdelikte und 1 Fall von Landfriedensbruch.

Um eine bessere Vergleichbarkeit dieser Zahlen mit den nach dem alten System erhobenen Zahlen zu ermöglichen, hat das Landeskriminalamt die aktuelle Definition des Gewaltbegriffs auch auf die Fallzahlen des Jahres 2000 angewendet.

Danach ist die Anzahl der Gewalttaten von 153 im Jahr 2000 auf nunmehr 123 zurückgegangen. Ein mit der gebotenen Vorsicht angestellter Vergleich der unterschiedlichen Statistiken ergibt außerdem einen leichten Anstieg der Gesamtzahl der Straftaten sowie eine merkliche Zunahme der Propagandadelikte.

Für das Jahr 2002 ergaben sich folgende Werte:

Abbildung 4                      Quelle: LKA NRW  
**Politisch motivierte Kriminalität – rechts – 2002**



Auch im vergangenen Jahr machten die Propagandadelikte mit 86% den größten Teil der Delikte im Bereich der 'Politisch motivierten Kriminalität – rechts –' aus. Der Anteil der Gewaltdelikte betrug 8%. Ihre Anzahl stieg um 7 auf 130 Fälle, dazu zählen 116 Fälle von Körperverletzung, 6 Widerstandshandlungen, 4 gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr, 2 Fälle von Raub, Erpressung oder Freiheitsberaubung, 1 Brand- und Sprengstoffdelikt und 1 Fall von Landfriedensbruch.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der Fälle politisch motivierter Kriminalität um gut 20% gesunken. Den größten Anteil daran hat der Rückgang der festgestellten Propagandadelikte, deren Zahl insgesamt um fast 29% gesunken ist.

Für den Phänomenbereich "rechts" weist die Statistik gegen den Gesamttrend einen Anstieg der Fallzahlen um 9% aus. Dieser Anstieg ist zum überwiegenden Teil auf die Zunahme der Propagandadelikte zurückzuführen. Für die Einstufung dieser Taten ist nach einem zwischen Polizei und Verfassungsschutz abgestimmten Verfahren die Bewertung der Verfassungsschutzbehörden maßgeblich. Da Propagandadelikte ganz überwiegend mit dem Rechtsextremismus in Zusammenhang stehen, werden sie immer dem Phänomenbereich "rechts" zugeordnet, wenn keine klaren gegenteiligen Erkenntnisse vorliegen.

Da dieses Prinzip im Jahr 2002 konsequenter als zuvor angewandt worden ist, muss der Vergleich zum Vorjahr behutsam gezogen werden. Zwar ist die Zahl der Propagandadelikte im Phänomenbereich

"rechts" um fast 23% gestiegen; dieser Anstieg ergibt sich aber aus der konsequenteren Zuordnung. Während 2001 noch 1.402 Delikte keinem Phänomenbereich zugeordnet werden konnten, waren dies im Jahr 2002 nur noch 500. Miteinander vergleichen kann man deshalb nur die Gesamtzahl der Propagandadelikte in den Jahren 2001 und 2002. Und diese Zahl ist um fast 29% gesunken.

Bezieht man die Zahlen für die Jahre 2001 und 2002 ebenso auf die Ursachen wie oben für die Jahre zuvor, gelangt man zu ähnlichen Ergebnissen.

Das alles überschattende Ereignis des Jahres 2001 waren die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das amerikanische Verteidigungsministerium in Washington am 11. September.

Von diesem Zeitpunkt an wurde die öffentliche Diskussion in Deutschland von diesen Anschlägen und den daraus zu ziehenden Konsequenzen beherrscht.

In den Monaten zuvor waren jedoch keine Themen auch nur annähernd derart öffentlichkeitswirksam, eine gewisse Aufmerksamkeit fanden noch die Vorlage der Anträge auf das Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht und die zahlreichen Demonstrationen der Neonazi-Szene.

Aufsehenerregende Straftaten, die möglicherweise Nachahmer oder Trittbrettfahrer hätten nach sich ziehen können, wurden ebenso wenig begangen.

Im Jahr 2002 wirkten die Themen des Vorjahres noch nach; Ereignisse, die wie in den Jahren zuvor die öffentliche Diskussion hätten bestimmen können, fehlten im Wesentlichen. Die Bundestagswahl am 22. September 2002 brachte den rechtsextremistischen Parteien keinen Erfolg, keine von ihnen erreichte einen Stimmenanteil von 0,5%, der zur Teilhabe an der staatlichen Parteienteilfinanzierung berechtigt hätte. Die rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen haben insofern weder dauerhaft von der Diskussion über die NPD-Verbotsanträge profitiert, noch brachte ihnen die Instrumentalisierung der Antisemitismus-Debatte den Zulauf, den sie sich erhofft hatten.

Was kann man daraus schließen?

Die vom Rechtsextremismus ausgehende Gefahr ist nicht geringer geworden. Dies belegen die nach wie vor hohe Zahl der Gewalttaten, die weiter angestiegene Zahl der militanten Rechtsextremisten und die große Zahl der Propagandadelikte. Neben dem weitgehenden Fehlen von öffentlichkeitswirksamen Ereignissen und Straftaten haben aber nicht zuletzt die konsequente Haltung von Politik und Justiz sowie die Ablehnung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft dazu beigetragen, dass die Zahl der Gewalttaten nicht wesentlich zugenommen hat.

## **2. Theorien über die Ursachen von Rechtsextremismus**

An dieser Stelle sollen Erkenntnisse zu den Ursachen von Rechtsextremismus dargestellt werden. Die Sozialwissenschaften haben sehr verschiedene Ansätze entwickelt – ebenso vielfältig, wie die rechtsextremistische Szene selbst ist. Auch wenn die Deutungen teilweise widersprüchlich erscheinen (sich aber häufig auch ergänzen), besitzt jede für sich eine nachvollziehbare Logik.

Vielfach beschränken sich die Theorien auf die Erklärung wichtiger Einzelaspekte, wie die Frage nach den Eigenschaften eines Wählers rechtsextremistischer Parteien oder nach Persönlichkeitsmerkmalen rechtsextremistischer Straftäter. Eine umfassende Analyse des multikausalen und vielschichtigen Phänomens Rechtsextremismus, die aus der Perspektive mehrerer sozialwissenschaftlicher Disziplinen (z.B. Soziologie und Psychologie) erfolgen muss, ist nur schwer durchführbar und liegt – unter anderem mangels kosten- und zeitintensiver Grundlagenforschung – bis heute nicht vor.

Die neuere Forschung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München – und ebenso der Universität Jena – betont die Bedeutung eines bisher wenig beachteten Aspekts: der Macht extremer Emotionen und individueller biografischer Entwicklungen bei der Entstehung rechtsextremistischer Denkmuster und bei der Begehung entsprechender Gewalttaten (Wahl/ Tramitz/Blumtritt 2001; Wahl/Tramitz 2001). Das Bundesministerium des Innern (2001) veröffentlichte Anfang April 2002 ebenfalls drei Studien, die frühkindliche soziale Auffälligkeit vieler rechtsextremistischer (Gewalt-) Täter als ein zentrales Ergebnis benennen. Mit dieser Schwerpunktsetzung wird zumindest ansatzweise eine Forschungslücke geschlossen.

Die folgende Gliederung der Erklärungsansätze von Rechtsextremismus ist angelehnt an zwei Veröffentlichungen Armin Pfahl-Traugbers (1998, 1999), Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Diese Darstellung kann nur Ausschnitte der wissenschaftlichen Diskussion wiedergeben.

## 2.1 Psychologische Deutungsmuster

Teile der Ursachenforschung zum Rechtsextremismus betonen psychologische, persönlichkeitsbezogene Merkmale. Ihre Erkenntnisse bezieht diese Forschungsrichtung häufig aus Gewalttäterstudien, das heißt aus Gerichtsakten und/oder Befragungen mit einschlägig aufgefallenen Delinquenten.

Besondere Beachtung fanden in der theoretischen Diskussion zunächst die 'Studien zum autoritären Charakter' des Frankfurter Soziologen Theodor W. Adorno (1973/1950), die die Grundlage für weitere Forschung bildeten. Seine Hypothese war, dass die inneren Überzeugungen eines Menschen – in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht – ein Denkmuster bilden. Vorurteile seien dabei kennzeichnend für das Denkmuster eines autoritären Charakters, der wiederum verschiedene Merkmale aufweise, z.B. autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Aberglaube oder Denken in Stereotypen<sup>3</sup>. Gegenüber mächtigen Personen verhalten sich Menschen mit autoritärem Charakter

---

<sup>3</sup> Diese Merkmale sind Bestandteile der so genannten **F(ascismus)-Skala** von Adorno. Hierzu gehören außerdem: Konventionalismus, Anti-Intrazeption (Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen, Sensiblen), Machtdenken und Kraftmeierei, Destruktivität / Zynismus, Projektivität (Projektion unbewusster Triebimpulse auf die Außenwelt) und übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen (Adorno, a.a.O., S. 45).

unterwürfig und gehorsam, während Schwachen überlegen und aggressiv begegnet wird. Nach Adorno ist die Ausbildung eines solchen Charakters Folge frühkindlicher und familialer Sozialisation.

Wichtiger als die familiären Rahmenbedingungen (z.B. vollständige, Ein-Eltern- oder Patchwork-Familie) scheint dabei der Erziehungsstil zu sein: Ein autoritärer Erziehungsstil trägt eher zur Entstehung eines autoritären Charakters beim Kind bei als ein verständiger, auf gegenseitigen Respekt zielender Erziehungsstil, der dabei auch notwendige Grenzziehungen nicht vernachlässigt. Auch Heitmeyer/Müller (1995) konstatieren:

»Nicht ein Zuwenig an Autorität, sondern umgekehrt ein Zuviel an autoritär-gewalttätiger Erziehung bildet bei vielen der Befragten den Hintergrund emotionaler Desintegration [...].«

Umgekehrt sei aber ein »Mangel an Aufmerksamkeit, Zuwendung, Anerkennung und emotionaler Nähe« häufig die Ursache familialer Auflösungsprozesse (so genannte »familiale Desintegration«; vgl. 2.2).

Die Sozialisation wird auch als Ursache geschlechtsspezifischer Unterschiede bei rechtsextremistischen Orientierungen und bei der Herausbildung von Gewaltneigungen angesehen (u.a. Siller 1997). Frauen sind wesentlich seltener an rechtsextremistischen bzw. fremdenfeindlichen Gewalttaten beteiligt. Das rechtsextremistische Einstellungspotenzial von Frauen unterscheidet sich zwar kaum von dem der Männer, aufgrund weiblicher Sozialisation und vorhandener gesellschaftlicher Stereotype würden Frauen aber über eine geringere Gewaltakzeptanz verfügen (Bitzan 1997). Beispielsweise wird im innerhäuslichen Kontext, der allen politischen Anstrengungen zum Trotz weiterhin in den meisten Haushalten in den Zuständigkeitsbereich der Frau fällt, Gewalt überwiegend nicht als Konfliktlösungsmuster akzeptiert.

## **2.2 Soziale Deutungsmuster**

Im Gegensatz zu den psychologischen Deutungsmustern, die das Individuum in den Mittelpunkt des Interesses stellen, heben die sozialen Erklärungsansätze auf gesamtgesellschaftliche Einflüsse ab. Rechtsextremismus ist danach eine durch Verunsicherung ausgelöste Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen. Die zunehmende Individualisierung von Lebenslagen und der damit einhergehende Verlust traditioneller Lebensformen (z.B. die traditionelle Familie), Kollektive (z.B. Kirche, Gewerkschaften) oder Milieus (z.B. das traditionelle Arbeitermilieu) eröffnen neue Möglichkeiten, bergen aber auch Gefahren in sich. Der Münchner Soziologe Ulrich Beck sprach 1986 im diesem Zusammenhang von der »Risikogesellschaft«.

Diesem Ansatz folgend formulierte der Bielefelder Pädagoge Wilhelm Heitmeyer (1987) die These von den Desintegrations- bzw. Modernisierungsverlierern. Gesellschaftliche Desintegration bzw. der Zerfall traditioneller Verhaltensweisen und Werte werde ängstlich abgewehrt und komme politisch in

der Akzeptanz rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck. Denn diese Konzepte versprechen dem Individuum vermeintliche Stabilität und feste Kategorien (z.B. Nation, Rasse). Zu beachten ist hierbei allerdings, dass Heitmeyer zunächst rechts-extremistische Orientierungen bei Jugendlichen in den Blick genommen hat, deren Kennzeichen eine Ideologie der Ungleichheit von Menschen und die Akzeptanz von Gewalt seien. Die Annahme, dass Desintegrationsprozesse zur Entwicklung feindseliger Haltungen beitragen, fand das Team um Heitmeyer in seiner bundesweiten Repräsentativbefragung zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« bestätigt (GMF-Survey 2002). Die GMF verstanden die Forscher als ein Syndrom, zu dem unter anderem die Einstellungsmuster Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zählten. Die Befragten teilten entsprechende Haltungen desto häufiger, je weniger sie materiell, sozial und politisch integriert waren. Einen verstärkenden Effekt sahen die Wissenschaftler auch in der persönlichen Orientierungslosigkeit. Insgesamt konstatierte die Studie ein Besorgnis erregendes Maß der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« in Deutschland, so bezifferte sie das »rechtspopulistische Potenzial« auf knapp 20 Prozent der Bevölkerung.

Gegen die Thesen Heitmeyers ist häufig eingewandt worden, sie erklärten nicht, warum sich desintegrierte Personen nach rechts wenden, nicht etwa zum anderen Extrem oder zu einer gänzlich apolitischen Haltung. Von dieser Frage ging Anfang der 90er Jahre der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke aus, der die Attraktivitätsmomente des Rechtsextremismus insbesondere für junge Menschen in dessen bewegungsförmiger Struktur sah. Jaschke verstand den Rechtsextremismus in seiner gegenwärtigen Gestalt somit als eine neue soziale Bewegung; seiner Struktur – nicht den politischen Inhalten – nach sei er den neuen sozialen Bewegungen seit den späten 60er Jahren vergleichbar, wie der Studenten-, Friedens- oder Ökologiebewegung, die überwiegend auf der Linken angesiedelt waren. Als Belege nennen Forscher, die diesen Ansatz unterstützen, den netzwerkartigen Charakter des heutigen Rechtsextremismus, die Betonung direkter Aktionen – zum Beispiel Demonstrationen – sowie das gezielte Einwirken auf den Alltag von Zielgruppen, beispielsweise durch Musik mit rechtsextremistischen Inhalten. Teile der Forschung sprechen inzwischen von einer »Erlebniswelt Rechtsextremismus«, die entstanden sei und zur Attraktivität der Szene erheblich beitrage. Die Sicht auf den Rechtsextremismus als eine neue soziale Bewegung hebt insofern hervor, dass dieser nicht in erster Linie als Relikt der Vergangenheit gelten kann, sich vielmehr auf soziale Verwerfungen der Gegenwart gründet. Eine erhebliche Breitenwirkung könne diese Bewegung nicht zuletzt deshalb entfalten, weil sie zum Teil mit neuen Mitteln und einer modernen Ästhetik agiere.

Der Begriff 'Extremismus der Mitte' steht für ein Deutungsmuster, nach dem sich Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft entwickelt. Christoph Butterwegge (2002) führt dazu an, Rechtsextremisten bezögen sich bei ihrer Agitation auf Positionen der 'Mitte', diese hingegen greife zunehmend Problemstellungen auf, die zuerst nur in ultrarechten Kreisen erörtert worden seien.

Zudem entlastete sich die 'Mitte' dadurch, dass der Extremismus als Rand- oder Protestphänomen behandelt werde, und delegiere die Verantwortung für extremistische Auswüchse an 'die Jugend' oder 'die Skinheads'. Die wissenschaftliche Konzentration auf den Extremismus lenkte von der 'Mitte' und ihrer Verantwortung für die politische Entwicklung des Landes ab.

Einen weiteren Ansatz, der auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als Ursache für Rechtsextremismus abhebt, stellt die These des Konflikts um die Einwanderung dar (u.a. Willems 1993). Die Zuwanderung von über vier Millionen Aussiedlern und Asylbewerbern zwischen 1988 und 1992 hat zu vielfachen Konflikten an den Aufnahmeorten geführt. Vielfache Fremdheitserfahrungen und die gleichzeitig andauernde Asylrechtsdebatte eröffneten neue Chancen für Parteien und wiegelten rechte Gewalttäter auf. Die übersteigerte Betonung der Zugehörigkeit zum deutschen Volk kann sich in diesem Zusammenhang möglicherweise zum Ausschließungsgrund gegen alles Nicht-Deutsche entwickeln. Allerdings kann mit diesem Deutungsmuster die höhere Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, die einen geringeren Ausländeranteil als die alten Bundesländer aufweisen, nicht erklärt werden.

### **2.3 Politische Deutungsmuster**

Politische Erklärungsansätze stellen die Gründung und Entwicklung rechtsextremistischer Parteien sowie deren Akzeptanz bei Wahlen in den Mittelpunkt. Nach Stöss (2000) lassen sich hinsichtlich der Erfolgsbedingungen rechtsextremistischer Parteien und anderer Organisationen interne und externe Faktoren unterscheiden.

Externe Faktoren sind die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen wie die politische Kultur (politische Skandale, Akzeptanz politischer Institutionen, Sachkompetenz der Politiker) oder die wirtschaftlich-soziale Lage der Bevölkerung. Das heißt, auch das Niveau von Arbeitslosigkeit, Armut, Infrastruktur- und Freizeitangeboten usw. bilden die gesellschaftliche Basis für die Entstehung von Parteien. Politische Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien ist dabei häufig Folge einer als ungerecht empfundenen Güterverteilung (materieller und immaterieller Art). Diese Zusammenhänge verdeutlichen auch die folgenden Abbildungen:

Abbildung 4

Anteil der Rechtswähler bei der Bundestagswahl 1998 nach dem Grad der "Politikverdrossenheit"

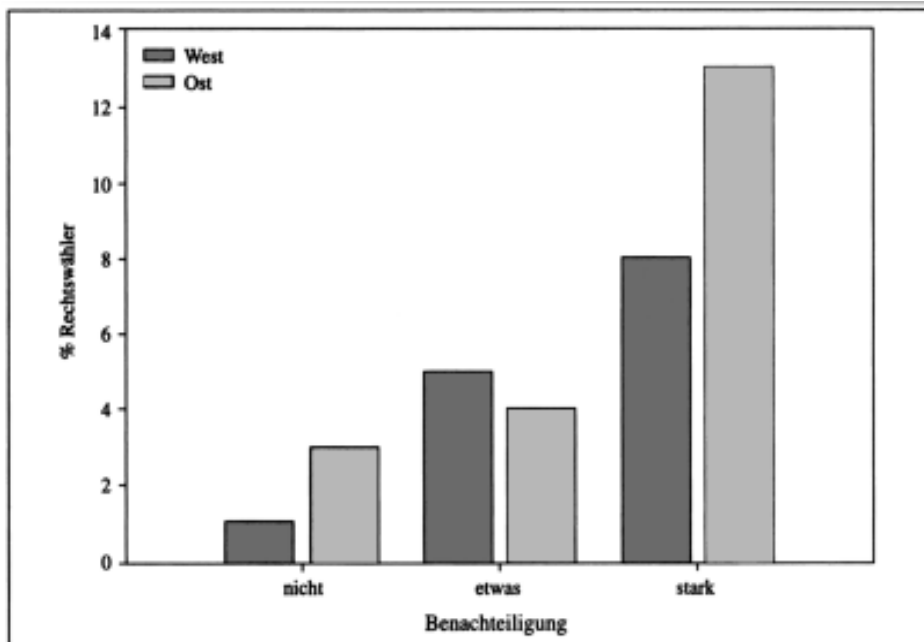
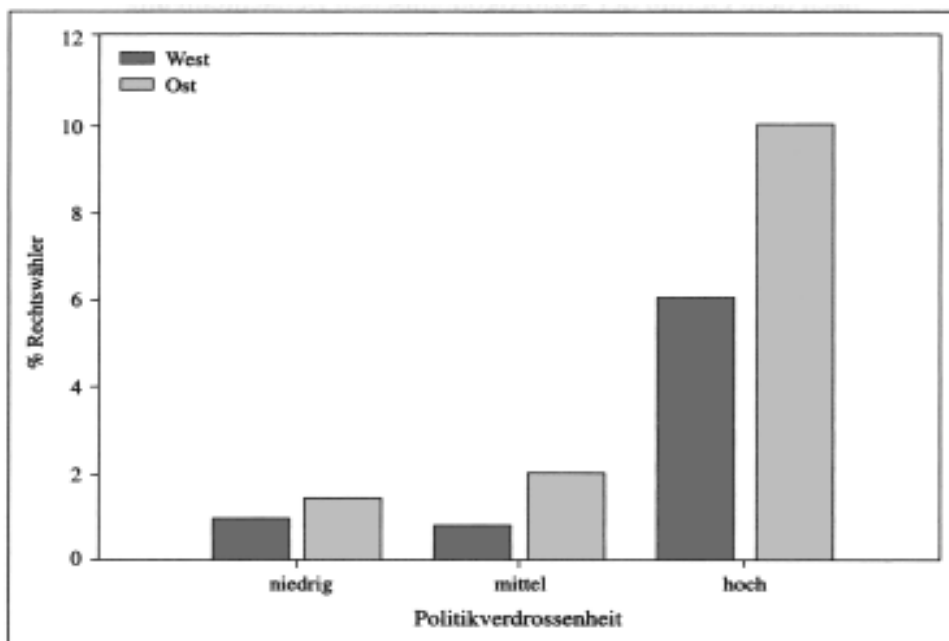


Abbildung 5

Anteil der Rechtswähler bei der Bundestagswahl 1998 nach dem Gefühl der sozioökonomischen Benachteiligung



entnommen aus: Arzheimer u.a. 2000; S. 233

Auf der individuell-psychologischen Ebene ist ein rechtsextremistisches Einstellungsmuster notwendige Voraussetzung für die Aufgeschlossenheit gegenüber der Programmatik rechter Parteien. Anhand der Zustimmung zu verschiedenen Aussagen wurde in den letzten Jahren mehrfach das rechtsextremistische Einstellungspotential der Bevölkerung abgefragt. Ergebnis der repräsentativen Befragung Falsters (1994) war, dass – abhängig vom angelegten Maßstab – 10 bis 15% der deutschen Bevölkerung über ein mehr oder weniger fest gefügtes rechtsextremistisches Weltbild verfügten. Im Ost-West-Vergleich ergab sich eine erhebliche Differenz zu Lasten der Bevölkerung der neuen Länder, die den Aussagen etwa doppelt so häufig zustimmte. Stöss/ Niedermayer (1998) kamen bei einer Befragung im Mai/Juni 1998 auf einen Gesamtwert von 13% (NRW: 11%, neue Länder: 17%, alte Länder: 12%). Niedermayer/Brähler (2002, S.20) stellten prozentuale Anteile rechtsextremistischer Einstellungen zwischen 5% (Verharmlosung des Nationalsozialismus) und 25% (Ausländerfeindlichkeit) fest, wobei erstmalig die Zahl der Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen im Westen Deutschlands höher war als im Osten.

Betrachtet man die antisemitischen Einstellungen der Bevölkerung, ergeben sich andere Werte. Diese Einstellungen finden sich bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung und ziehen sich quer durch alle gesellschaftlichen und sozialen Schichten. Umfragen der Jahre 1996 und 1998 ergaben einen antisemitischen Bevölkerungsanteil von etwa 20% (Bergmann 2001, S. 140 ff.), im Jahr 2002 ermittelten Niedermayer/Brähler (2002, S. 20) 12%.

Allerdings werden in Deutschland nur selten antisemitische und rassistische Einstellungen öffentlich geäußert, da dies strafbar sein kann.

Vorurteile werden mitunter im Zuge öffentlicher Debatten wie der zur Zwangsarbeiterentschädigung und zum Holocaust-Denkmal geschürt. Es stimmt bedenklich, wenn in einer Forsa-Umfrage 1998 42% der Westdeutschen und 39% der Ostdeutschen der Aussage zustimmten »Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.« (Bergmann 2001)

Angesichts dessen ist es nur ein geringer Trost, dass mit besserer Bildung und niedrigerem Alter antisemitische Vorurteile seltener vorkommen.

Hinzu kommen interne Bedingungen, die von Parteien und Organisationen erfüllt werden müssen, um politisch erfolgreich sein zu können. Sie müssen glaubwürdig und kompetent erscheinen, programmatische Alternativen zu anderen Parteien anbieten, innere Geschlossenheit zeigen, populäre und respektable Personen in der Führungsspitze haben und medienwirksam sein (Stöss 2000, S. 37). Diese Bedingungen werden von rechtsextremistischen Parteien kaum erfüllt, so dass der organisierte Rechtsextremismus – zumindest in NRW – eher selten besorgniserregende (Wahl-) Erfolge feiern konnte. Insbesondere die zerfaserte Struktur der rechtsextremistischen Parteienlandschaft ist ein Hemmnis.

## 2.4 Bewertung

Die Beschreibung verschiedener Erklärungsmuster für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ließe sich fortsetzen. Die Vielfalt verdeutlicht, dass es unbedingt notwendig ist, Forschungsergebnisse fortlaufend zu systematisieren und stärker zu bündeln. Je nach Interessenschwerpunkt (z.B. rechtsextremistische Straftäter, rechtsextremistische Orientierungen Jugendlicher, politische Parteien) sind dabei verschiedene Ursachen in den Vordergrund zu rücken.

Zu allen dargestellten Erklärungsmustern ließe sich problemlos eine kritische Haltung aufzeigen. Beispielsweise wird zu Adornos Theorie angemerkt, dass er die Sozialisation eines Menschen als relativ statisch betrachtet. Bereits in der Kindheit und in der Jugend komme es seiner Auffassung nach zur Ausprägung des »autoritären Charakters«, der dann grundsätzlich ein Leben lang erhalten bliebe. Sicherlich geschehen in dieser Zeit wichtige Weichenstellungen. Aber die Persönlichkeitsstruktur eines Menschen ist kontinuierlichen Einflüssen unterworfen und verändert sich vermutlich ebenso kontinuierlich. Allerdings betonen auch die neueren Studien des DJI (Wahl u.a. 2001) die Bedeutung der frühen Sozialisationserfahrungen.

Auch an Heitmeyers Desintegrationsansatz ist vielfältige Kritik geübt worden. So sei sein Fokus zu starr auf Jugendliche am Rande der Gesellschaft ausgerichtet. Der nicht-gewaltbereite Rechtsextremismus werde ebenfalls ausgeblendet. Zudem müsse mit der weiter zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft gemäß Heitmeyers Theorie das Phänomen Rechtsextremismus kontinuierlich anwachsen. Dies ist aber nicht der Fall, wie ein Blick auf die langfristige Entwicklung der Straftatenstatistik und auf die Einstellungsmuster der Bevölkerung zeigt.

Vielversprechend scheint eine biografische Vorgehensweise zu sein. An einzelnen Personen, deren verschiedene Lebensphasen untersucht werden, können zudem die obigen Erklärungsansätze besser überprüft werden als im Rahmen einer kollektiven Studie. Situative Kontexte und Einflussfaktoren können in Bezug gesetzt werden und auf der Zeitschiene kann überprüft werden, ob einmal ermittelte Einstellungsmuster erhalten bleiben oder sich weiterentwickeln.

Vermutlich wird kein Erklärungsmuster so umfassend sein, dass es alle offenen Fragen beantworten kann. Dies ist aber dann nicht erforderlich, wenn aus verschiedenen Perspektiven heraus Antworten gesucht und gefunden werden, die zwar möglicherweise nur einzelne Aspekte von Problemen betreffen, die aber zusammengefasst eine erfolgreiche Lösung des Gesamtproblems ermöglichen.

### 3. Einordnung eigener Befragungsergebnisse

#### 3.1 Beschreibung der Stichproben

Neben der einschlägigen Literatur wurden bei der vorliegenden Analyse Erkenntnisse aus eigenen Befragungen einbezogen. Dies waren im Wesentlichen

1. Gesprächsprotokolle einer Befragung unter Skinheads und Neonazis aus NRW, die zwischen November 2000 und September 2001 durchgeführt wurde (im Folgenden **Hintergrundgespräche** genannt),
2. Protokolle aus Gesprächen mit potenziellen Aussteigern aus der rechtsextremistischen Szene. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen Gesprächen mit Mitläufern, die innerhalb der Szene vor allem unterstützende Funktionen übernehmen, sowie Gesprächen mit Aktivisten und Führungspersonen der Szene, die Aktivitäten planen und politische Willensbildung betreiben (**Aussteigergespräche**).

Es wurden rund 140 Hintergrundgespräche mit mutmaßlichen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene Nordrhein-Westfalens geführt. Bis auf wenige Ausnahmen waren die Befragten im Zusammenhang polizeilich erfasster Delikte mit vermutetem rechtsextremistischen Hintergrund aufgefallen. Ausgewertet wurden davon 56. Die hohe Anzahl nicht auswertbarer Protokolle hat folgende Ursachen:

- Der / Die Interviewte war nicht gesprächsbereit / brach das Gespräch ab.
- Der / Die Interviewte erschien unglaubwürdig.
- Der / Die Interviewte ist / war kein Szene-Mitglied.

Bei den potenziell Ausstiegswilligen, die im Zusammenhang mit dem im Sommer 2001 gestarteten Landesaussteigerprogramm für Rechtsextremisten angesprochen wurden, muss nicht nur zwischen Aktivisten (12 Protokolle ausgewertet) und Mitläufern (8), sondern auch zwischen aus eigenem Antrieb Teilnehmenden und von Dritten zum Ausstieg Motivierten unterschieden werden. 8 der 20 Befragten haben aus eigener Initiative Kontakt zum Aussteigerprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Bei 12 Personen wurde der Kontakt über Dritte (beispielsweise Sozialarbeiter oder Familienangehörige) vermittelt oder sie wurden direkt von der Polizei bzw. von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes angesprochen. Es liegt in der Natur der Sache, dass Freiwillige eher gesprächsbereit sind – und auch sachdienlichere Angaben machen – als diejenigen, die von Polizei, Verfassungsschutz oder engagierten Sozialarbeitern, Richtern etc. zu einem eventuellen Ausstieg ermuntert wurden.

Bei beiden Gruppen handelt es sich um eine zufällige Auswahl. Hinzu kommt die eher kleine Stichprobe, so dass die Befragungsergebnisse nicht im engeren Sinne repräsentativ sind. Sie können aber dazu dienen, Parallelen zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen zu ziehen – oder aber erhebliche Abweichungen festzustellen.

Die Hintergrundgespräche mit Skinheads und Neonazis verfolgten mehrere Ziele.

Neben der Ermittlung von Informationen zu (organisatorischen) Verbindungen zwischen Personen und Szenen als Bestandteil der klassischen Arbeit von Verfassungsschutzbehörden interessierten insbesondere individuelle Informationen beispielsweise zum Lebenslauf einer Person oder auch die Frage nach den Beweggründen, Teil einer rechtsextremistischen Clique oder Szene zu sein.

Der überwiegende Teil der Gespräche wurde ohne vorgegebenen Fragenkatalog bzw. Interviewleitfaden geführt. Einen Fragebogen in vorgegebener Reihenfolge abzuarbeiten und gleichzeitig die Gespräche zu protokollieren, wäre dem Befragenden kaum möglich gewesen, da die Bereitschaft zum Gespräch auf der Seite der Interviewten nicht immer gegeben war. Dementsprechend hoch war die Herausforderung an die soziale Kompetenz der Interviewer/innen, um überhaupt einen Dialog herzustellen.

Produkt der Hintergrundgespräche waren schließlich Gesprächsprotokolle, die hinsichtlich der abgefragten Themenkreise in weiten Teilen übereinstimmten. Die Auswertung konnte somit anhand der folgenden Struktur erfolgen:

<b>Struktur der Auswertung der Gespräche mit Skinheads, Neonazis und Aussteigern</b>
--

**I. Rahmendaten**

1. Rahmen des Interviews
2. Personenangaben
3. Wohnsituation
4. Finanzielle Situation
5. Art der Kontaktaufnahme zum und Erwartungen an das Aussteigerprogramm (ggf.)

**II. Biographische Angaben**

1. Familienverhältnisse
2. Schulzeit
3. Berufs- und Arbeitsverhältnisse der / des Befragten
4. Berufs- und Arbeitsverhältnisse der Eltern / Erziehungsberechtigten

**III. Beschreibung der Person**

1. Erscheinungsbild
2. Persönlichkeits-/Verhaltensmerkmale

#### **IV. Einbindung in die rechtsextremistische Szene**

1. Erstkontakt zur Szene
2. Ursachen für die „Attraktivität“ der Szene
3. Verankerung in der Szene
4. rechtsextremistisches Gedankengut

#### **V. Fragen zur – mutmaßlichen – Straftat (ggf.)**

1. Einordnung des Vorfalls
2. Gruppentat / Einzeltäter
3. Alkoholkonsum im Zusammenhang mit der Tat
4. erster Polizeikontakt / Wiederholungstäter

Mit Beginn des Aussteigerprogramms der Landesregierung im Sommer 2001 wurde diese Struktur auch Grundlage für die Auswertung der Gespräche mit potentiellen Aussteigern aus der rechtsextremistischen Szene.

#### **3.1.1 Hintergrundgespräche**

Bei den befragten 56 Personen konnten folgende strukturelle Merkmale festgestellt werden (prozentuale Anteile in Klammern):

- 54 (96%) waren männlich,
- 41 (73%) waren nicht älter als 21 Jahre (48 % zwischen 18 und 21 Jahre),
- 53 (95%) waren ledig, lebten aber zum Teil in einer festen Beziehung,
- 49 (89%) lebten in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern (41% in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern)<sup>4</sup>,
- 40 (71%) lebten noch bei ihren Eltern.

Diese Zahlen weisen bezüglich des Geschlechts, des Alters und des Familienstandes durchaus Übereinstimmungen mit den Ergebnissen auf, die von Klaus Wahl (Wahl 2001) und bereits vorher von Helmut Willems u.a. (Willems/Würtz/Eckert 1994) für fremdenfeindliche Straftäter ermittelt wurden.

Der für diese Befragung typische mutmaßliche Angehörige der rechtsextremistischen Szene war offenbar der ledige Mann, der nicht älter als 21 Jahre ist.

Diese Übereinstimmung war zu erwarten, da die Befragten im Zusammenhang polizeilich erfasster Delikte mit vermutetem rechtsextremistischen Hintergrund aufgefallen waren und einen ähnlichen persönlichen Hintergrund wie die von Wahl und Willems befragten Personen hatten.

Die hohe Zahl derjenigen, die noch bei ihren Eltern lebten, dürfte aus dem hohen Anteil der Ledigen und der unter 21-Jährigen zu folgern sein, während die Häufigkeit des Wohnorts in einer größeren

---

<sup>4</sup> Nur sieben Befragte lebten in einer Kleinstadt (bis 20.000 EW); niemand gab an, in einem Dorf (2.000-5.000 EW) zu leben. Dies erklärt sich allerdings aus der Befragungsmethodik: Befragungen wurden dort durchgeführt, wo sich einschlägige Vorfälle gehäuft hatten, da man hier von der Existenz einer wie auch immer gearteten rechtsextremistischen Szene ausging.

Stadt wohl damit zusammenhängt, dass mit zunehmender Größe einer Stadt auch die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass sich in dieser Stadt eine rechtsextremistische Szene entwickeln kann.

Diesen Zusammenhang konnte Wahl zumindest für Mitglieder von Skinhead-Gruppen aufzeigen, während Angehörige von sonstigen Gruppen eher seltener aus Großstädten kamen (vgl. Wahl 2001, S. 56ff.).

Hinsichtlich des **familiären Umfeldes** ergab die Befragung keine (auswertbaren) Auffälligkeiten. Lediglich 27 Personen machten hierzu Angaben, 13 von ihnen gaben an, in einer intakten Familie zu leben. Die übrigen 14 nannten einen oder mehrere Problembereich(e) innerhalb der Familie, zum Beispiel die Scheidung der Eltern, Alkoholprobleme oder Heimaufenthalte. Am häufigsten (5 Fälle) wurden Konflikte mit den Eltern wegen der Zugehörigkeit zur rechten Szene genannt.

Fragen zur **Schulbildung** ergaben folgende Ergebnisse:

13 der Befragten waren zum Zeitpunkt der Befragung noch Schüler. Von den übrigen 43 Interviewten verfügten

- 17 (40%) über einen Hauptschulabschluss,
- 12 (28%) über einen Realschulabschluss,
- 1 (2%) über einen Sonderschulabschluss,
- 3 (7%) über keinen Schulabschluss,
- 10 Personen (23%) machten hierzu keine Angabe.

Auch diese Zahlen weisen im Kern Ähnlichkeiten mit den Ergebnissen der o.a. Untersuchungen (Wahl, Willems u.a.) auf: Die mutmaßlichen Rechtsextremisten waren keineswegs in ihrer Mehrzahl ohne Schulabschluss, sie verfügten insgesamt vorwiegend über niedrige und mittlere Schulabschlüsse, wobei der Schwerpunkt bei den Hauptschulabschlüssen lag.

Ein Vergleich der Untersuchungsergebnisse mit den entsprechenden Vergleichsgruppen der Gesamtbevölkerung ergab laut Wahl eine Überrepräsentation von Befragten mit Hauptschulabschluss und ohne Schulabschluss sowie eine Unterrepräsentation von Personen mit höherem Bildungsabschluss (vgl. Wahl 2001, S. 30 ff.).

Weitere Befragungsgegenstände waren die **Berufsausbildung** und die **Berufsausübung**.

So waren von den Nicht-Schülern

- 19 (44%) in einer Berufsausbildung (fast immer in Handwerk oder Industrie),
- 8 (19%) hatten diese bereits abgeschlossen,
- 12 (28%) hatten keine Berufsausbildung,
- 4 (9%) machten hierzu keine Angaben.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren

- 28 (65%) berufstätig,
- 12 (28%) arbeitslos,
- 1 (2%) im Wehrdienst,
- 2 (5%) machten keine Angaben.

Dementsprechend verfügten von den 56 Befragten

- 28 (50%) über ein eigenes Einkommen,
- 10 (18%) erhielten öffentliche Transferleistungen (Arbeitslosengeld bzw. -hilfe oder Sozialhilfe),
- 4 (7%) bekamen ein Taschengeld,
- 14 (25%) machten keine Angaben.

Auch diese Zahlen weisen tendenzielle Übereinstimmungen mit den Ergebnissen von Wahl und Willem's auf.

So befand sich mehr als die Hälfte der mutmaßlichen Rechtsextremisten noch in der Schul- oder Berufsausbildung und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung war der Anteil der Arbeitslosen erheblich höher.

Der relativ hohe Anteil an Arbeitslosen darf jedoch nicht zu der vereinfachenden Annahme verleiten, dass Arbeitslosigkeit zu Rechtsextremismus führt. Zum einen befand sich die überwiegende Mehrheit der Befragten in der Ausbildung und der Berufsausübung – war also nicht arbeitslos –, zum anderen spielen zahlreiche Faktoren für die Ausprägung von Rechtsextremismus eine Rolle (vgl. Kapitel 2).

Wahl konnte weder eine zeitliche Reihenfolge von Arbeitslosigkeit und dem Begehen von Straftaten feststellen, noch einen Anstieg des Arbeitslosenanteils an den fremdenfeindlichen Tatverdächtigen, wie er dem Anstieg der Arbeitslosenquote nach hätte erwartet werden können (vgl. Wahl 2001, S. 32 ff.).

Hinsichtlich der Zugehörigkeit der Befragten zur rechten Szene ergaben sich folgende Ergebnisse:

29 (52%) der Befragten konnten bereits durch ihr äußeres **Erscheinungsbild** als Szeneangehörige identifiziert werden: rasierter Schädel, Bomberjacke, Springerstiefel und/oder T-Shirt einer Szenemarke (z.B. Lonsdale) gehören zu den Merkmalen, die zur Eingruppierung in die Kategorie 'szenetypisches Outfit' führten.

Von 24 der Befragten gab es Hinweise darauf, wie die **Kontaktaufnahme zur rechten Szene** erfolgte (Mehrfachnennungen waren möglich): 15 (63%) hatten durch Mitschüler oder Freunde den Zugang gefunden, 6 (25%) über Musik(texte) bzw. Skinhead-Konzerte und Einzelne über Verwandte oder

auch über Material rechtsextremistischer Organisationen. Einschlägige Internetangebote spielten beim Erstkontakt keine Rolle.

Die hohe Zahl derer, die über Mitschüler oder Freunde in die Szene gekommen sind, stellt keine Besonderheit dar. Schließlich sind es Mitschüler und Freunde, mit denen die Heranwachsenden die meiste Zeit des Tages verbringen, mit denen zum Teil langjährige Freundschaften bestehen.

Der erste Kontakt zur Szene kann dann auf verschiedene Art und Weise erfolgen, etwa aus Neugier oder auf der Suche nach Risiko, als geplante Handlung oder einfach zur Freizeitgestaltung (vgl. Frindte u.a. 2001, S. 378 ff.).

Auf die Frage nach der **Attraktivität der Szene**, nach dem Grund, der sie in der Szene hält, äußerten sich jeweils 33 Befragte (59%) zum **Gruppenleben** innerhalb der Szene und zur szenetypischen **Musik** positiv. 24 Befragte (43%) nannten zudem das Ausleben einer »nationalen Gesinnung«; politisches Interesse und eigene negative Erfahrungen mit Ausländern führten jeweils 22 der Befragten an (39%). 10 Personen (18%) nannten Vorbilder, die für sie die Attraktivität der Szene begründeten und 15 (27%) soziale Anerkennung.

Auch dieses Ergebnis weist Übereinstimmungen mit bisherigen Untersuchungen auf.

Für die Mehrzahl der Befragten stellte die Gruppe eine Ersatzfamilie und eine soziale Heimat dar. Die Gruppenangehörigen erfuhren in der Gruppe das, was ihnen in der Regel außerhalb der Gruppe verwehrt geblieben war: Zusammenhalt (Kameradschaft), Solidarität, Anerkennung, Vertrauen und Akzeptanz.

Die rechtsextremistische Musik drückte das dazu gehörende Lebensgefühl und die Überzeugungen aus, sie verband die Gruppe und grenzte sie von der normalen, bürgerlichen Welt ab.

Gemeinsame politische oder fremdenfeindliche Einstellungen, die gegebenenfalls bereits vor dem Eintritt in die Gruppe vorhanden waren und sich dann weiter verfestigt haben, verstärkten noch das Zusammengehörigkeitsgefühl (vgl. Frindte u.a. 2001, S. 384 ff.).

Die **Verankerung** der Befragten **in der Szene** stellte sich (bei möglichen Mehrfachnennungen) folgendermaßen dar:

22 Personen (39%) konnten als Mitglieder einer lose organisierten, rechtsextremistisch orientierten Gruppe bezeichnet werden, 18 Personen (32%) waren als Mitglieder festgefügtter Gruppen (insbesondere Kameradschaften) oder Parteien enger in die Szene eingebunden. Die restlichen Befragten hatten sich nach eigenen Angaben aus der Szene gelöst, nahmen nur gelegentlich an Aktivitäten (z.B. Demonstrationen) teil oder waren nicht eindeutig zuzuordnen.

Bemerkenswert daran ist, dass offenbar die Mehrzahl der mutmaßlichen Rechtsextremisten in eher informellen und nicht in festgefügtten Gruppen zu finden war. Wahl hat allerdings festgestellt, dass die Tendenz hin zu festgefügtten rechtsextremistischen oder Skinhead-Gruppen geht (vgl. Wahl 2001, S. 38 ff.). Frindt verweist auf häufige Kontakte und Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppen

und beispielsweise rechtsextremistischen Parteien, die nicht selten über feste Ansprechpartner gepflegt wurden (vgl. Frindte u.a., S. 389 ff.).

Die Stichprobe setzte sich – wie einleitend erwähnt – aus Personen zusammen, die im Zusammenhang mit einschlägigen Delikten polizeiauffällig geworden waren. Nach diesen Vorfällen befragt, erhielten die Interviewer folgende Auskünfte:

39 der 56 Befragten (70%) waren im **Gruppenkontext** aufgefallen.

Dies war aufgrund der o.a. Erkenntnisse über die Bedeutung der Gruppe auch zu erwarten: Wer den Zusammenhalt und die Stärke einer Gruppe sucht, dürfte weniger geneigt sein, alleine und ohne den Schutz der Gruppe aktiv zu werden. Wahl, der zu einem ähnlichen Ergebnis kam, stellte fest, dass Einzeltaten verstärkt im Bereich der Volksverhetzung begangen wurden (vgl. Wahl 2001, S. 53 ff.).

Von den 30 Personen, die zu den Delikten Angaben machten, hatten 21 (70%) bereits zuvor **Polizei-kontakt** wegen rechtsextremistischer Delikte, 5 waren der Polizei wegen anderer Delikte bereits bekannt, wobei Mehrfachnennungen möglich waren.

Die Zahl der wegen rechtsextremistischer Delikte bekannten Personen war etwa doppelt so hoch wie die von Wahl ermittelten 34%. Hingegen überwogen die 56% der wegen sonstiger, nicht-politischer Straftaten bekannten Personen bei Wahl um ein Vielfaches das Ergebnis dieser Untersuchung (17%). Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Abweichungen aus der kleinen Stichprobe und der zufälligen Auswahl der Befragten resultieren. Weitere Anhaltspunkte, die einen derart gravierenden Unterschied begründen könnten, liegen nicht vor.

Wahl stellt im Ergebnis fest, dass sich die Bereiche von rechtsextremistisch motivierten und sonstigen Straftaten stark überschneiden und dass sich nur wenige Täter ausschließlich auf politische Delikte beschränkt hatten (vgl. Wahl 2001, S. 42 ff.).

33 der 56 Protokolle enthielten Aussagen darüber, ob der Täter unter **Alkoholeinfluss** stand. Von diesen 33 Taten wurde 26 (79%) von Alkoholisierten begangen.

Das Ergebnis, das relativ dicht an den von Wahl ermittelten 68% liegt, lässt zumindest darauf schließen, dass Alkohol dazu beigetragen haben könnte, die Hemmschwellen der Täter vor dem Begehen von Straftaten zu senken.

Willems folgert weiterhin, dass eine hohe Zahl von alkoholisierten Tätern dafür spreche, dass die Mehrzahl der Delikte eher auf spontane Entschlüsse ohne längere Planung oder gar Steuerung zurückgehe (vgl. Willems u.a. 1994, S. 54), während Wahl einen solch eindeutigen Schluss nicht ohne weiteres ziehen möchte (vgl. Wahl 2001, S. 56). Letzterem ist dahingehend zuzustimmen, dass der Entschluss, eine Straftat zu begehen, durchaus im nichtalkoholisierten Zustand gefällt werden kann. Der Genuss von Alkohol kann dann ein Mittel sein, um Hemmungen abzubauen und um »in die richtige Stimmung zu kommen«.

Welche Delikte hatten die befragten Jugendlichen verübt? Auch in der untersuchten Stichprobe überwogen Propagandadelikte mit über 60%. Von den 56<sup>5</sup> im Rahmen der Hintergrundgespräche untersuchten Delikten wurden 36 (64%) als Propagandadelikte eingestuft. Des Weiteren gab es 5 (9%) Gewaltdelikte, 6 (11%) Sachbeschädigungen, 2 (4%) Fälle von Bedrohung/Nötigung sowie 7 (13%) Fälle sonstiger Straftaten.

Der hohe Anteil der Propagandadelikte ähnelt den für das Land Nordrhein-Westfalen vom LKA NRW ermittelten Gesamtwerten für das Jahr 2001 (vgl. 1. Kapitel) – hier nahmen die Propagandadelikte sogar einen Anteil von über 80% ein. Der Anteil der Gewalttaten ist annähernd identisch.

Als Besonderheit vermerkt Wahl, dass es sich bei den Propagandadelikten zum Teil um mehr oder weniger gezielte Provokationen handelte und dass diese Delikte von Angehörigen aller Gruppen (lose organisiert, festgefügt) in gleichem Maße begangen worden waren (vgl. Wahl 2001, S. 47 ff.).

Zur **Gesprächssituation** und -atmosphäre lässt sich allgemein festhalten, dass sich die Befragten – nach anfänglicher Skepsis – zumeist sehr offen und selbstbewusst äußerten. Der Eindruck, dass sie unbewusst und ungewollt in die Szene hineingeraten waren, entstand nicht. Die meisten (57%) wurden allein befragt, bei 18 Befragungen (32%) waren die Eltern anwesend. Außerdem erfolgten 59% der Gespräche beim Erstkontakt, 25% konnten sich aufgrund einer Terminabsprache auf das Interview vorbereiten (Übrige: keine Angabe).

Die Befragungsaktion an sich löste mehrfach positive Reaktionen aus, insbesondere bei den Eltern (*»Das finde ich gut, dass der Staat sich um seinen Nachwuchs kümmert«*). Sicherlich gab es auch skeptische Reaktionen – insbesondere von Eltern, die Angst hatten, dass der Fehltritt ihres Kindes nun *»wieder aufgewärmt«* würde. An dieser Stelle wurde von den Interviewern ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Verfassungsschutz keine Strafverfolgungsbehörde sei und die Befragung rein informativen Zwecken diene.

### 3.1.2 Aussteigergespräche

Von den Szene-Mitläufern, die an einem Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene interessiert sind bzw. waren, wurden 8 Personen in die Auswertung einbezogen. 12 ausgewertete Gesprächsprotokolle stammten aus Interviews mit (potenziell) ausstiegswilligen Aktivisten bzw. Führungspersonen der rechtsextremistischen Szene. Insgesamt umfasste diese Stichprobe folglich 20 Personen.

Von diesen Befragten

- waren 18 (90%) männlich,
- 17 (85%) älter als 21 Jahre, 3 (15%) zwischen 18 und 21 Jahre,

---

<sup>5</sup> Die Übereinstimmung der Zahl der Delikte mit der Zahl der ausgewerteten Gesprächsprotokolle ist rein zufällig, denn eine Person kann mehrere Delikte gleichzeitig begehen.

- 12 (60%) ledig, 3 (15%) verheiratet, 4 (20%) geschieden, 1 (5%) ohne Angabe,
- lebten 15 (75%) in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern (40% in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern) und
- 10 (50%) in einer eigenen Wohnung (15% noch bei ihren Eltern).

Die Unterschiede dieser Ergebnisse zu denen der Hintergrundgespräche (siehe 3.1.1) resultieren in erster Linie daraus, dass die befragten Ausstiegswilligen im Durchschnitt älter waren als die Befragten der Hintergrundgespräche, dementsprechend häufiger bereits verheiratet oder schon geschieden waren und daher überwiegend nicht mehr bei ihren Eltern lebten.

Das höhere Alter der Befragten kann damit erklärt werden, dass sie zum einen bereits seit mehreren Jahren in der Szene integriert waren und dass sie sich zum anderen in den jeweiligen Gruppen über Jahre hinweg Führungspositionen erarbeitet hatten.

Hinsichtlich des **familiären Umfeldes** ergaben sich auch hier keine (auswertbaren) Auffälligkeiten. Die Angaben von 5 der 8 befragten Mitläufer deuteten auf ein problembelastetes familiäres Umfeld hin, das durch Alkohol und Gewalterfahrungen geprägt wurde. Folge dieser Negativerfahrungen war, dass einige der Befragten kaum noch Kontakt zu den Eltern oder nur noch zu einem Elternteil hatten.

#### Zur **Bildungssituation**:

Von den Aussteigern verfügten

- 10 (50%) über einen Hauptschulabschluss,
- 2 (10%) über einen Realschulabschluss,
- 1 (5%) über die allgemeine Hochschulreife (Abitur),
- 1 (5%) über keinen Schulabschluss,
- 6 Personen (30%) machten hierzu keine Angabe.

Auch hier bestätigt sich das unter 3.1.1 festgestellte Ergebnis: Es überwogen niedrige und mittlere Schulabschlüsse, wobei der Schwerpunkt ganz eindeutig beim Hauptschulabschluss lag und die Personen ohne Schulabschluss eine Minderheit darstellten.

In den Bereichen **Berufsausbildung** und **Berufsausübung** weichen die Ergebnisse jedoch von denen der Hintergrundgespräche ab. So hatten von den Aussteigern

- 1 (5%) eine Berufsausbildung begonnen,
- 6 (30%) eine Berufsausbildung bereits abgeschlossen,
- 13 (65%) keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren

- 7 (35%) berufstätig und verfügten über ein eigenes Einkommen,
- 10 (50%) arbeitslos und erhielten öffentliche Transferleistungen,
- 3 (15%) machten keine Angaben.

Aus dem höheren Alter der Aussteiger im Vergleich zum Alter der Befragten der Hintergrundgespräche lässt sich erklären, dass sich unter ihnen kein Schüler befand.

Die sehr hohen Anteile an Befragten ohne abgeschlossene Berufsausbildung und ohne Arbeit können zumindest teilweise ebenso auf das höhere Durchschnittsalter zurückgeführt werden.

So konnten Wahl und Willems bereits feststellen, dass der Anteil arbeitsloser Straftäter mit zunehmendem Alter anstieg und in der Altersgruppe über 25 Jahren mehr als 40% betrug (vgl. Wahl 2001, S. 32 ff.; Willems u.a. 1994, S. 22 ff.).

Hierzu trägt möglicherweise bei, dass Personen, die schon über Jahre der rechtsextremistischen Szene angehören und dort unter Umständen auch straffällig werden, immer weniger Chancen haben, Arbeit zu finden. Andererseits wäre es denkbar, dass Personen, die schon über Jahre arbeitslos sind, verstärkt für die Botschaften und die Anziehungskraft rechtsextremistischer Gruppen anfällig werden.

Ansonsten ist bei den Befragungsergebnissen auch an dieser Stelle auf die kleine Stichprobe und die zufällige Auswahl der Befragten hinzuweisen, was zu den doch sehr hohen Quoten beigetragen haben könnte.

Neben dem hohen Arbeitslosigkeitsanteil wurde unter den Befragten auch ein hoher Anteil mit finanziellen Problemen festgestellt: 15 der 20 Interviewten (75%) hatten **Schulden**. Dies spielte für die Motivation zum Ausstieg eine erhebliche Rolle (s.u.).

Beim **Erstkontakt zur rechten Szene** spielten Freunde und Mitschüler die wichtigste Rolle: Über sie waren immerhin 14 der 20 Befragten (70%) an die Szene geraten. Bei 4 Personen (20%) hat einschlägige Musik einen wichtigen Beitrag zum Szeneeinstieg geleistet, 3 (15%) nannten sonstige Gründe, 4 (20%) machten keine Angaben (Mehrfachnennungen waren möglich).

Diese Zahlen zeigen wiederum ein hohes Maß an Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Hintergrundgespräche. Auch für die Aussteiger spielten demnach etwa Verwandte oder rechtsextremistische Zeitungen/Zeitschriften und Internetseiten als Kontaktvermittler zur Szene praktisch keine Rolle.

Das Gruppenleben und die soziale Anerkennung durch die Gruppe machte auch für die Aussteiger einen erheblichen Teil der **Attraktivität der Szene** aus: 17 der 20 (85%) äußerten sich mit diesem Tenor. Eigene negative Erfahrungen mit Ausländern hatten lediglich 6 (30%) der Befragten gemacht, nannten dies auch als einen Grund für ihre Szenemitgliedschaft. 8 (40%) nannten Vorbilder als Grund

für ihre Szenezugehörigkeit (fünf Mal wurde Rudolf Hess genannt), 7 (35%) gaben auch das gemeinsame Hören szenetypischer Musik als positiv für ihre Clique an.<sup>6</sup>

Auch diese Ergebnisse weichen nicht erheblich von denen der Hintergrundgespräche ab. Möglicherweise hätte man erwarten können, dass die Attraktivität der Szene bei langjährigen Szene-Mitgliedern und auch Führungspersonen etwas stärker von politischen Inhalten oder Zielen bestimmt wird. Das war aber nicht der Fall, obwohl 6 der 12 befragten Aktivisten (50%) einschlägiges Gedankengut derart verinnerlicht hatten, dass man bei ihnen von einer rechtsextremistischen Ideologie sprechen konnte (die Mitläufergruppe war dagegen durchweg durch Vorurteile geprägt). Ein Grund dafür könnte sein, dass Gruppenleben und gemeinsame Überzeugungen untrennbar miteinander verbunden sind und dass Politik und Ideologie nur den Zweck haben, den Handlungen der Gruppe Richtung und Ziel zu geben.

Die **Verankerung** der Befragten **in der Szene** stellt sich gegenüber den Ergebnissen der Hintergrundgespräche unterschiedlich dar: Während 9 (45%) Personen angaben, Mitglied einer eher lose organisierten Gruppe zu sein, bezeichneten sich 11 (55%) als einer Partei, Organisation oder festen Gruppe zugehörig. 9 dieser 11 gehörten dabei zu den befragten 12 Aktivisten.

Dieses Resultat kann möglicherweise dahingehend interpretiert werden, dass lang andauernde Zugehörigkeit und insbesondere gefestigte Führungspositionen ein gewisses Maß an Gruppenstruktur und -organisation voraussetzen.

Hinsichtlich der Delikte, durch die die befragten Aussteiger polizeiauffällig geworden waren, wurden folgende Erkenntnisse gewonnen:

13 (65%) der Befragten hatten bereits **Polizeikontakt** wegen rechtsextremistischer Straftaten.

6 (75%) der befragten Mitläufer waren durch eine rechtsextremistische Straftat aufgefallen, wobei sämtliche Delikte im **Gruppenkontext** und in 5 Fällen unter **Alkoholeinfluss** verübt wurden.

Bei den Straftaten handelte es sich in 7 Fällen um **Gewalt-** und in 5 Fällen um **Propagandadelikte**.

Fast alle verbüßten aufgrund dieser Vorfälle eine Haftstrafe (5 Haftstrafen, 1 Bewährungsstrafe).

Aufgrund der geringen Zahl der Befragten lassen sich aus diesen Werten allerdings keine weitergehenden Schlüsse ziehen. Möglicherweise liegt der im Vergleich mit den Hintergrundgesprächen höhere Anteil an Gewaltdelikten am höheren Alter der Mitläufer bzw. an ihrer längeren Zugehörigkeit zur Szene.

Die Gruppe der Aktivisten wurde nicht anlassbezogen befragt, daher konnte bei ihnen kein bestimmter Vorfall ausgewertet werden.

Zur **Gesprächssituation** und -atmosphäre lässt sich allgemein feststellen, dass sich die befragten Aktivisten zunächst sehr zurückhaltend äußerten. Sie versuchten, einen selbstsicheren Eindruck zu hinterlassen, was nicht immer gelang. Bei den Mitläufern handelte es sich überwiegend um orientierungslose, unsichere junge Menschen.

---

<sup>6</sup> Hier waren Mehrfachnennungen möglich.

Alle Mitläufer hat die Hoffnung auf materielle Hilfe zum Ausstieg motiviert, die im Rahmen des Aussteigerprogramms allerdings nur unter sehr strengen Bedingungen gewährt werden kann. 6 der 8 Befragten erhofften sich zudem Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Die Motivation der Aktivisten kann nur als diffus bezeichnet werden. Abgesehen davon, dass 6 von ihnen durch Dritte zum Ausstieg ermuntert worden waren, wurden sehr persönliche Gründe genannt: z.B. Unzufriedenheit mit einer rechtsextremistischen Partei, die Feststellung, dass man nur »falsche Freunde« in der Szene habe, oder einfach nur der Wunsch, ein »normales« Leben zu führen. Finanzielle Hilfeleistungen haben für diese Gruppe scheinbar eine nachrangige Bedeutung.

**Fragen zur Szenezugehörigkeit: Was macht die rechte Szene attraktiv? Welche Erfahrungen wurden als Szenemitglied gemacht?** (sinngemäße Zitate)

Auffällig bei der Frage nach der Attraktivität der Szene waren die ständig wiederkehrenden, stereotypen Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten. Nicht selten spricht aber auch Groll und Enttäuschung aus den Zitaten, z.B. wenn man sich ausgegrenzt, missverstanden oder von der Polizei schlecht behandelt fühlt. Einige Beispiele:

- *»Ich bin Patriot. Aber als Patriot wird man sofort mit prügelnden Skins und Faschisten in eine Ecke gestellt.«*
- *»Ich denke national. Darum bin ich gegen die EU, gegen Globalisierung und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr.«*
- *»Ich bin eher rechts [...] Deutsche Ehre bedeutet für mich auch, stolz auf Deutschland zu sein.«*
- *»Ich will nicht als Skin abgestempelt werden. Es gibt auch einen gebildeteren Kreis, der sich um Deutschlands Zukunft sorgt.«*
- *»Bin Gabber-Fan, aber die Polizei unterscheidet nicht zwischen Gabber-Fans und Skins.«*
- *»Nicht alle Ausländer pöbeln, aber die kriminelle Szene ist fest in Ausländerhand. Dagegen muss man sich wehren.«*
- *»Ich hab nur Probleme mit den jüngeren Ausländern. Gegen ältere Ausländer mit Job hab ich nichts.«*
- *»Die vielen Döner-Buden an jeder Ecke der Stadt müssen weg.«*
- *»Gewalt von Deutschen gegenüber Ausländern wird anders bewertet als umgekehrt.«*
- *»Junge Ausländer tun sich auch in Gruppen zusammen und provozieren dann die Deutschen.«*
- *»Als Rechter wird man total ausgegrenzt. Dabei habe ich auch ausländische Freunde.«*
- *„Mit 14 hatte ich in der Schule immer Stress mit Ausländern. Die Lehrer konnten da auch nichts machen. Da bin ich zu den Skins gegangen. Da habe ich mich sicher gefühlt.«*
- *»Ich bin ein Trojan-Skin (Anm.: unpolitischer Skin, Anhänger von Ska- und Ska-Reggae-Musik), habe aber auch Freunde bei den rechten Skins.«*
- *»Hab mich den Skins angeschlossen, um mich gegen ausländische Dealer und Kleinkriminelle wehren zu können.«*

- *»Wir sind so eine Art 'Security' am Bahnhof und schützen die Leute vor Pöbeleien der Punks.«*
- *»Hab nur was gegen kriminelle und schmarotzende Ausländer [...] „Ausländische und rechte Gruppen werden von Polizei unterschiedlich behandelt.«*
- *»Politische Arbeit bringt nichts. Aufmärsche sind gut, weil man auf sich aufmerksam machen kann.«*
- *»Die Türken haben mich und meinen jüngeren Bruder abgezockt – wegen unserer Klamotten [...] Polizei und Sozialarbeiter schützen Linke und Ausländer und bestrafen die Rechten.«*
- *»Bei den Skins zu sein war cool [...] Politik kam später durch DVU-Infomaterial dazu [...] Die REP wollten mich nicht haben wegen meiner Glatze [..]. Wegen Job und Freundin bin ich aus der Szene raus [...]«*
- *»Rechtssein ist doch irgendwie Mode. Aber nicht jeder, der eine Bomberjacke trägt, ist rechts.«*

### 3.2 Bezugspunkte zu bekannten Theoriemodellen

Wie bereits unter 3.1.1 und 3.1.2 betont wurde, sind bei allen Bewertungen, die auf der Grundlage der Hintergrund- und der Aussteigergespräche getroffen werden, die geringe Größe der Stichprobe und die zufällige Auswahl der befragten Personen im Blick zu behalten.

Dies gilt auch für den Versuch, die erzielten Ergebnisse auf die in Kapitel 2 erläuterten Theorien zu den Ursachen von Rechtsextremismus zu beziehen.

#### *Sozial- und Strukturdaten*

Unsere Befragungen bestätigen im Wesentlichen andere Studien: Rechtsextremisten sind überwiegend männlich, jung, eher gering qualifiziert und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Jugendliche oder junge Erwachsene in ihrem Alter. Meist werden sie im Gruppenkontext auffällig und oftmals existieren bereits polizeiliche Vorerkenntnisse über sie.

#### *Psychologische Aspekte*

Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass rechtsextremistische (Gewalt-)Täter bestimmte Charaktereigenschaften aufweisen. Als Ursprung dieser Erkenntnisse können Adornos *»Studien zum autoritären Charakter«* (1973) betrachtet werden. Adorno zählte unter anderem Denken in **Stereotypen und Vorurteilen** zu diesen Charakteristika. Wenn man die Ergebnisse der drei Befragungsaktionen in diesen Zusammenhang stellt, wird seine Annahme bestätigt: Die wenigsten Befragten haben ein ideologisch gefestigtes Weltbild, sondern geben im Grunde nur allgemein bekannte – und nicht selten durch die öffentliche Diskussion konstruierte – Vorurteile wieder. Begründen konnten die Jugendlichen ihre Meinungen in den seltensten Fällen.

Ein weiteres Merkmal rechtsextremistisch orientierter Menschen ist laut Adorno (und anderen) ihr Hang zu **»autoritärer Unterwürfigkeit«**. Dies deckt sich insoweit mit unseren Befragungsergebnis-

sen, als beispielsweise Disziplin und ein starker Staat wiederholt als positive Merkmale des Dritten Reiches genannt wurden. Diejenigen, die Vorbilder bzw. für sie Vorbildliches nannten (10 Skinheads/Neonazis, 8 Aussteiger) erwähnten des Weiteren Rudolf Hess, deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Ehre und Kameradschaft. Bemerkenswert war, wie hartnäckig sich die Aussage über Hitlers vermeintliche Erfolge bei der Schaffung von Arbeitsplätzen hält.

Eine Besonderheit ergab sich hinsichtlich der Begründungen für die Attraktivität der Szene. Insbesondere die Aussteiger nannten soziale Anerkennung sowie das Gruppenleben als positive Anziehungspunkte. Insofern ist davon auszugehen, dass die jeweilige Clique in vielen Fällen als eine Art **Ersatzfamilie** fungiert(e). In diesem Gruppenkontext und womöglich unter Alkoholeinfluss wurden aus ihnen zum Teil gewaltbereite Schläger.

Im Rahmen der Befragungen wurden nur vier **Frauen** befragt (von insgesamt 76 Personen). Dies kann aufgrund der Methodik (vgl. 1.4) sicherlich Zufall sein, spricht aber eher dafür, dass auch unsere Ergebnisse den Trend wissenschaftlicher Studien belegen: Frauen finden die rechtsextremistische Szene mit ihren häufig gewaltorientierten und machohaften Mitgliedern nur wenig attraktiv. Durch die Gespräche wurde vielmehr deutlich, dass Frauen bzw. Mädchen häufig sozusagen distanzierend wirken. Viele männliche Befragte gaben an, mit Ausstiegsgedanken zu spielen (bzw. bereits ausgestiegen zu sein), weil ihre Freundin oder auch die Eltern der Freundin das Szeneumfeld rigoros ablehnten.

Zum familiären Umfeld der überwiegend jungen Leute lieferten die Interviews keine ausreichenden Daten. Daher können hierzu keine Aussagen getroffen werden.

### ***Soziale Aspekte***

Der gesellschaftliche Wandel, der sich etwa im Verlust traditioneller Bindungen äußern kann (vgl. 2.2), hat auch vor den in dieser Untersuchung befragten Personen nicht halt gemacht.

So gaben beispielsweise 14 der 56 in den Hintergrundgesprächen befragten Personen an, ihr familiäres Umfeld sei problembelastet gewesen (29 machten dazu keine Angaben), von den 20 Aussteigern meinten dies 7.

Nimmt man zu diesen Ergebnissen noch die hohe Zahl der Arbeitslosen unter den Befragten hinzu, kann durchaus der Eindruck entstehen, bei den Interviewten handele es sich um eine Art von Modernisierungsverlierern. Dass diese dann auf der Suche nach Stabilität, Schutz, Geborgenheit usw. rechtsextremistische Gruppen, Einstellungen und Handlungen als attraktiv empfinden können, ist nicht von der Hand zu weisen.

Den eigenen Befragungsergebnissen folgend kann man ungefähr jedem Zweiten seine Szeneangehörigkeit unmittelbar ansehen. Damit wird allerdings zugleich deutlich, dass die andere Hälfte optisch unauffällig ist (zumindest nicht szenetypisch gekleidet). An dieser Stelle bestätigt sich, dass der

Schluss vom Outfit auf die politische Einstellung zu kurz gedacht ist: Zum einen betonten einige Befragte, dass ihr Skinhead-Sein nichts mit einer politischen Einstellung zu tun habe, sondern ein Lebensgefühl sei<sup>7</sup>. Zum anderen wird die Gefahr unterschätzt, die von Personen ausgeht, die sich nicht als Angehörige der Szene zu erkennen geben, aber möglicherweise einen erheblichen Einfluss auf diese haben.

### *Politische Aspekte*

Gefragt nach ihrem **politischen bzw. historischen Interesse** bezeichneten sich – trotz ihrer Szenezugehörigkeit – nur die Hälfte der Aussteiger und 46% der Befragten im Rahmen der Hintergrundgespräche mit Skinheads und Neonazis als politisch bzw. historisch interessiert.

Entsprechend offenbarten die Befragten nur in wenigen Fällen (8 Skinheads/Neonazis, 7 Aussteiger) eine mehr oder minder geschlossene Ideologie. Dies könnte jedoch auch daher rühren, dass die Interviewer nicht immer explizit danach gefragt hatten oder aber der Befragte bewusst keine Angaben hierzu machte. Bemerkenswert ist, dass die befragten inhaftierten Szene-Mitläufer allesamt nicht in auffälligem Maße ideologisiert waren. Dies ließe die These plausibel erscheinen, dass sich die ideologischen Köpfe der Bewegung nicht oder selten aktiv an Straftaten beteiligen: Sie bedienen sich anderer Personen, die weniger politisiert, aber nicht selten gewaltbereit sind.

Die Befragungen von Skinheads, Neonazis und (potenziellen) Aussteigern bestätigten in mehreren Punkten bisherige Studien. Leider gab es dabei nicht zu allen abgefragten Bereichen auswertbare Ergebnisse.

Sehr deutlich bestätigte sich aber, dass es sehr viele, individuelle Wege in den Rechtsextremismus gibt. Um diese (zumeist) Jugendlichen von diesem Weg abzubringen, müsste entsprechend individuell agiert werden. Da aber einzelne Konfliktmuster immer wieder auftreten, sollen im Folgenden drei Fälle dargestellt werden, die – in abgewandelter Form – stellvertretend für die Lebensgeschichte vieler Jugendlicher stehen können.

## **4. Typische Konfliktmuster / Fallbeispiele**

Die folgenden idealtypischen und fiktiven Fallbeispiele sollen veranschaulichen, auf welche Weise Jugendliche in die rechtsextremistische Szene gelangen können. Die Schilderungen – Ähnlichkeiten mit realen Personen sind rein zufällig – bauen in erster Linie auf eigenen Erkenntnissen auf, sind aber

---

<sup>7</sup> Zwei Jugendliche mit skinhead-ähnlichem Outfit bezeichneten sich beispielsweise als Gabber-Fans. Die Polizei könne dies aber nicht von rechtsextremistischen Skin-Gruppen unterscheiden. Da die Unterschiede rein äußerlich aber kaum wahrnehmbar sind und auch Gabber-Fans häufig provokant und gewalttätig auftreten, ist diese Differenzierung zwischen einzelnen Kulturen in der Praxis schwierig, aber gleichwohl notwendig.

auch gestützt auf wissenschaftliche Ergebnisse (insb. Eckert/ Willems/Würtz 1996). Die Biografien werden zunächst aus der Perspektive und teilweise im Jargon der Akteure wiedergegeben.

#### **4.1 Andreas - der Mitläufer**

*Andreas sagt von sich, dass er in einem intakten Elternhaus aufgewachsen sei. Seine Mutter sei eigentlich immer zu Hause gewesen, sein Vater sei Facharbeiter. Eigentlich war auch alles andere ganz normal: Er besuchte Kindergarten und Grundschule in der Stadt, in der er geboren wurde. Anschließend ging er zur Realschule – bis seine Familie wegen des Jobs seines Vaters umziehen musste. Weil er sich an der Realschule ziemlich schwer getan hatte, wechselte er am neuen Wohnort auf eine Hauptschule, die er mit dem Hauptschulabschluss der 10. Klasse verließ. Momentan macht Andreas eine Maurerlehre und hofft, dass der Betrieb ihn nach der Gesellenprüfung übernimmt.*

*Mit Ausländern hatte Andreas eigentlich nie Probleme. Aber kriminelle Ausländer haben in Deutschland seiner Meinung nach nichts zu suchen. Da müsse man sich schon wehren.*

*Irgendwann in der 8. Klasse – das war kurz nach dem Umzug – hatte er bei einem Fußballspiel eine Gruppe von Jungen in seinem Alter kennen gelernt, bei denen richtig gute Stimmung war. Echte Freunde hatte er in der neuen Stadt bis dahin noch nicht gefunden.*

*Er ist dann regelmäßig mit seinen neuen Freunden zum Fußball gegangen. Ab und zu gingen sie auch auf Partys oder zu Konzerten, wo aggressive Skin-Musik lief. Die Texte konnte er meist gar nicht verstehen. Jedenfalls gab es immer reichlich Alkohol. Als ihre Mannschaft wieder einmal verloren hatte, zogen sie nach dem Spiel durch die Straßen und trafen zufällig auf eine Gruppe junger Türken. Dann ging alles sehr schnell: Einer der angetrunkenen Kumpels von Andreas ließ einen blöden Spruch los, die andere Gruppe reagierte. Und plötzlich gab es ein Handgemenge. Andreas hat sich nur verteidigt... »Ich hätte einfach abhauen sollen«, sagt er heute.*

Der Typ des Mitläufers stammt häufig aus einer intakten Familie. Die Brüche, die ihn zur rechtsextremistischen Szene führen, geschehen oft in anderen Lebensbereichen (z.B. Außenseiterdasein in der Schule, fehlende soziale Kontakte). Der scheinbare Zusammenhalt einer rechten Clique übt auf diesen Typ eine erhebliche Anziehungskraft aus.

In der Schule und im Beruf bzw. in der Berufsausbildung treten meist keine außergewöhnlichen Probleme auf. Von Arbeitslosigkeit ist diese Personengruppe nicht überdurchschnittlich betroffen.

Der Mitläufer ist kein Anhänger geschlossener Ideologien. Fremdenfeindliche Vorurteile dagegen treten vermehrt auf. Gewalt wird von Mitläufern eigentlich abgelehnt, aber im Gruppenkontext – und häufig unter Alkoholeinfluss – kann es trotzdem zu Gewalttaten kommen. In der Clique lebt der Mitläufer auf und kann die eigene Unsicherheit verdrängen.

## 4.2 Björn - der Schläger

*Es fing alles in der Schule an – eigentlich schon im Kindergarten. Björn gehörte nie richtig dazu, prügelte sich mit Klassenkameraden oder auch mit anderen, die er nicht kannte, die ihm aber blöd gekommen waren. Seine Mutter erzählt, dass er dann auch keine Lust mehr hatte, zur Schule zu gehen. Die Noten wurden schlechter, ständig gab es Ärger mit der Klassenlehrerin. Die rief ab und zu auch bei Björns Eltern an, aber als Björn immer häufiger die Schule schwänzte, gab auch sie auf..*

*Björns Mutter wusste nicht weiter. Und Björns Vater war auch keine große Hilfe: Als Schichtarbeiter war er selten zu Hause – jedenfalls meist dann nicht, wenn Gespräche mit Björn wichtig gewesen wären. Wenn der Vater zu Hause war, trank er viel zu viel und ihm rutschte auch schon mal die Hand aus. Nicht nur bei Björn, der immer eine ziemlich große Klappe hatte, sondern auch bei Björns Mutter. Jahre später erst ließen Björns Eltern sich scheiden.*

*Björn kam dann immer seltener nach Hause. Eine Freundin habe er nicht, erzählte er. Aber er übernachtete bei einem Bekannten. Die Clique sei echt in Ordnung. Ein paar Wochen später kam er kahl rasiert und mit Bomberjacke nach Hause. Mittlerweile war er so cool, dass seine nunmehr allein erziehende Mutter überhaupt nicht mehr an ihn heran kam. Sie wusste nicht viel von Björns Alltag. Dass sie Björns Klamotten nicht mochte, hörte dieser gar nicht mehr. Hauptsache die Clique fand es gut.*

*Auf der Sonderschule hatte er irgendwie noch einen Abschluss gebaut und wurde im Anschluss vom Arbeitsamt so einer Maßnahme zugewiesen. Aber das war nichts für ihn: jeden Tag früh aufstehen – und zum Lernen hatte er erst recht keine Lust. Die Maßnahme hat er schließlich abgebrochen und lebte schließlich einfach so in den Tag hinein. Seine Mutter bekam mehrmals Besuch von der Polizei – wenn Björn mal wieder irgendwas geklaut hatte oder in eine Schlägerei hineingeraten war.*

*Einfach zuschlagen – das machte ihm Spaß. Das ausgesprochene Feindbild seine Clique war alles Fremdländische. Das Leid, dass er den Geschlagenen zufügte, berührte ihn nicht. Nach mehreren Bewährungsstrafen und gemeinnützigen Arbeitsstunden verbüßt Björn heute eine mehrjährige Haftstrafe.*

Der Typ Schläger kommt oft aus einem problembelasteten Elternhaus. Häufig ist es durch Gewalt, Alkoholmissbrauch und einer insgesamt fehlenden Verlässlichkeit gekennzeichnet. Diese Probleme übertragen sich auf den Jugendlichen, der Gewalt als Konfliktlösungsinstrument bereits früh akzeptiert – und sie auch anwendet. Vielfach schlägt er scheinbar grundlos zu. Er braucht keine Legitimation für Gewalttaten; es genügt ein einfaches Feindbild – zum Beispiel von Ausländern, die ihm angeblich seine Arbeitsplatz oder seine Freundin wegnehmen.

Diese erhöhte Aggressivität führt zu schulischen Problemen. Häufige Schulwechsel und -abbrüche sind die Folge. Schulpsychologische Maßnahmen werden von diesen Jugendlichen nur selten angenommen. Wenn eine Berufsausbildung begonnen wird, wird auch diese häufig abgebrochen. Schläger sind in der Folge häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Jugendliche ihrer Altersgruppe.

### **4.3 Claus - der Ideologe**

*Schon früh hatte Claus sich für Geschichte interessiert – besonders für die der beiden Weltkriege. Aufgewachsen war er in einer Kleinstadt – mit drei Generationen lebten sie unter einem Dach. Sein Großvater hatte als Wehrmachtssoldat gedient und erzählte viel vom Krieg, als es noch »richtige Kameradschaft« gab. Ansonsten wurde zu Hause nicht viel über Politik geredet. Claus' Eltern waren »total durchschnittlich« und hatten von Politik auch keine Ahnung.*

*In der Schule war er nicht besonders beliebt, aber das interessierte ihn auch nicht besonders. Die meisten Mitschüler fand er sowieso viel zu einfältig. Irgendwann hatte es mal Probleme gegeben, weil er Einladungen zu einem Kameradschaftsabend verteilt hatte und dabei von einem »linken Lehrer« erwischt wurde. Auf einer Demo in der größeren Nachbarstadt hatte er die »Kameraden« kennen gelernt.*

*Weil die Kameradschaft ihm irgendwann nicht mehr reichte, schloss er sich der JN (Junge Nationaldemokraten) an – der Jugendorganisation der NPD. Er besuchte deren Schulungsveranstaltungen und organisierte später selber welche. Es gibt seiner Meinung »viel zu viele Idioten« in der Szene, die immer nur Randalen machen wollen, aber von der »politischen Sache« nichts verstünden. Denn nur dafür lohne es sich zu kämpfen – notfalls auch mit Gewalt.*

*Nebenbei machte Claus den Realschulabschluss und begann eine Ausbildung zum Tischler. Mittlerweile ist er Geselle und sein Job macht ihm Spaß. Seine Kollegen wissen Bescheid über seine Einstellung. Aber so lange es keine Ärger gibt.*

Ideologisch geprägte Rechtsextremisten stammen häufig aus einer intakten, (klein-) bürgerlichen Familie. Probleme in Schule und Ausbildung treten eher selten auf – gelegentlich ecken sie mit ihrer schon früh gefestigten politischen Meinung an. Aber überwiegend haben sie einen festen Arbeitsplatz und eine abgeschlossene Ausbildung.

Über ihr rechtsextremistisches Weltbild bzw. ihre daraus hervorgehende Lebenseinstellung kann man mit ihnen nur schwer diskutieren: Ihre Ansichten halten sie für logisch und zwingend. Biologistische Vorstellungen von der Reinheit der Arten, wie die Natur sie vorlebe, sind beispielhaft für die Gedankenwelt rechtsextremistischer Ideologen. Alles vermeintlich Nichtdeutsche, Unnatürliche und Schwa-

che wird abgelehnt – hierzu zählen auch Homosexuelle, Behinderte oder Obdachlose. Gewaltanwendung ist weniger ihre Sache: Sie sind zumeist eher die Vordenker, die ihre Hände nicht schmutzig machen wollen. Wenn sie doch einmal Gewalt anwenden, richtet sich diese gegen ihre zuvor beschriebenen Feindbilder und werden entsprechend für legitim gehalten.

## **5. Das Land NRW im Kampf gegen Rechtsextremismus**

### **5.1 Aktionsprogramm und Bündnisarbeit der Landesregierung**

#### *Aktionsprogramm der Landesregierung*

Im August 2000 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, um verschiedene präventive und repressive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die in einem aus 81 Punkten bestehenden Katalog der Landesregierung aufgeführt waren, zunächst zu bündeln und zu vernetzen und anschließend umzusetzen.

Bereits vor dem Jahr 2000 war das Land Nordrhein-Westfalen aktiv im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Neu war aber die Herangehensweise: Nicht die Auflage ständig veränderter Programme, sondern eine Bestandsaufnahme bewährter Konzepte und eine anschließende Analyse, an welchen Punkten Ergänzungsbedarf bestand, waren Grundlage des Aktionsprogramms. Bewährte und neue Handlungsansätze wurden kombiniert und die ressortübergreifende Zusammenarbeit wurde intensiviert.

Der Katalog der Maßnahmen erstreckt sich auf die Bereiche Strafverfolgung, Prävention durch Verfassungsschutz, Polizei und Justiz, Bildungsarbeit, Verhinderung sozialer Ausgrenzung, Förderung interkultureller Verständigung und Akzeptanz, Internet sowie Wissenstransfer.

Um das Aktionsprogramm auf die lokale Ebene zu transportieren und um Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden NRWs zum Mitmachen anzuregen, hat die Landesregierung im September 2000 mit Mitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz das pauschalierte Förderprogramm 'Kommunen gegen Rechtsextremismus' aufgelegt, aus dem jede Kommune eine Mark pro Einwohner<sup>8</sup> für themenbezogene Aktionen erhielt. Die Kommunen konnten selbst entscheiden, wie sie die zur Verfügung gestellten Mittel einsetzen wollten. Bereits 1993 waren durch ein ähnlich angelegtes Programm nachahmenswerte Projekte initiiert worden<sup>9</sup>.

Durch das aktuelle Programm konnten mehr als 4.600 Projekte und Aktivitäten gefördert werden. Fast zwei Drittel davon richteten sich an Kinder und Jugendliche, mehr als ein Drittel aller Träger waren

---

<sup>8</sup> Die Kreise erhielten einen Festbetrag in Höhe von 100.000 DM.

<sup>9</sup> Bilanz ist nachzulesen in der Landtags-Drucksache Nr. 11/2883.

Schulen. Inhaltlich umfassten die Projekte und Aktivitäten vor allem die Bereiche 'Politische Diskussion und Öffentlichkeitsarbeit' sowie 'Literatur, Sprache, Film'. Bevorzugte Veranstaltungsformen waren Vorträge, Seminare, Diskussionen, Ausstellungen oder Fahrten zu Gedenkstätten. Genutzt wurden nicht nur die klassischen Medien, sondern verstärkt auch das Internet.<sup>10</sup>

Zu den Ergebnissen des aktuellen Programms zählt ein Internet-Forum des Innenministeriums NRW: Unter der Adresse [www.NRWGegenRechts.de](http://www.NRWGegenRechts.de) stellen sich lokale Initiativen, Vereine und Organisationen mit ihren Aktionen gegen Rechtsextremismus vor.

### *Bündnis für Toleranz und Zivilcourage*

Um Synergieeffekte nicht nur auf Regierungsebene zu erzielen, wurde im gesellschaftlichen Raum ein Bündnis geschlossen: Auf Initiative von Ministerpräsident Clement haben sich – ebenfalls im Sommer 2000 – Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Gruppen im '*Bündnis für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit*' zusammengefunden. Bis zum November 2001 waren dem Bündnis über 50.000 Bürgerinnen und Bürger und knapp 500 Organisationen, Unternehmen, Vereine und Schulen beigetreten<sup>11</sup>.

Das Bündnis versteht sich als Plattform für gemeinsame Aktionen sowie als Forum für Informationsaustausch, Koordinierung und Vernetzung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in NRW. In der Staatskanzlei ist für die Organisation der Arbeit des Bündnisses eine Stabsstelle eingerichtet worden.

## **5.2 Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten und HelpLine**

Im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Rechtsextremismus hat die Landesregierung Ende Juli 2001 ein Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten gestartet. Damit soll insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit gegeben werden, sich von ihrer Perspektivlosigkeit zu verabschieden und von vermeintlichen Freunden zu lösen. Auch führenden Aktivisten soll die Möglichkeit eröffnet werden, sich von der menschenfeindlichen Ideologie des Rechtsextremismus zu trennen. Darüber hinaus gilt es, die Bürgerinnen und Bürger in NRW in ihrer täglichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu unterstützen. Für beide Seiten hat die Landesregierung im Bürger-Center [C@ll-nrw](mailto:C@ll-nrw) eine telefonische Kontaktmöglichkeit (HelpLine) geschaffen.

### **HelpLine für ausstiegswillige Rechtsextremisten**

Unter der Telefonnummer **01803/100 110** kann sich jede Person melden, die die rechtsextremistische Szene verlassen will und dabei Hilfe benötigt. Angesprochen sind alle Mitläufer, Aktivisten oder auch Führungspersonen, die beim Verlassen ihres rechtsextremen Umfeldes unterstützt werden möchten.

---

<sup>10</sup> vgl. Pressemitteilung des Innenministeriums NRW, 25.06.2002.

Eine Bilanzierung des Programms erfolgte im Mai 2002 in der Broschüre "Kommunen gegen Rechtsextremismus - Eine Auswertung der kommunalen Verwendungsberichte"

Die Hotline vermittelt ausstiegswillige Mitläufer unter 27 Jahre an die vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (MSJK) geförderte Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Landesstelle NRW e.V. (AJS), die eine Betreuungsperson vor Ort bereitstellt. Bei Straftätern, erwachsenen Mitläufern und Aktivisten der Szene wird der Kontakt zu einer eigens ausgewählten Vertrauensperson des Innenministeriums hergestellt, die für jeden Einzelnen ein persönlich zugeschnittenes Ausstiegskonzept entwickelt und bei dessen Umsetzung behilflich ist. In enger Zusammenarbeit mit der ausstiegswilligen Person werden je nach den individuellen Bedürfnissen zum Beispiel Gespräche mit Familienangehörigen, Arbeitgebern, Staatsanwaltschaften und Bewährungshelfern angeboten. Das Ausstiegskonzept kann die Vermittlung von Alkohol- und Drogentherapien, Hilfe bei der Arbeitsbeschaffung und die Erstellung von Entschuldungsprogrammen und die Unterstützung bei Behördengängen umfassen.

### **Aktive Ansprache von Rechtsextremisten durch Verfassungsschutz und Polizei**

Neben denjenigen, die aufgrund persönlicher Initiative im Aussteigerprogramm betreut werden, spricht der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auch aktive Rechtsextremisten und Führungspersonen der Szene an, um sie zum Umdenken und Aussteigen zu bewegen.

Auch der polizeiliche Staatsschutz führt seit Anfang des Jahres flächendeckend anlassunabhängige Kontaktgespräche mit polizeilich in Erscheinung getretenen Personen der rechten Szene durch und informiert diese über die Hilfestellungen und Möglichkeiten des Aussteigerprogramms.

### **Erste Erfahrungen mit dem Aussteigerprogramm**

Das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten ist erfolgreich angelaufen. Bis zum Ende des Jahres 2002 wurden 48 Personen in das Programm aufgenommen, wobei 38 selbst die Initiative ergriffen und um Betreuung gebeten hatten.

Die Mehrzahl der Ausstiegswilligen ist 22-30 Jahre alt. Sie befinden sich in desolaten persönlichen Verhältnissen, die von finanziellen Problemen, Alkoholismus, Arbeitslosigkeit und massiven familiären Schwierigkeiten geprägt sind. Fast 80% haben im Zusammenhang mit ihren rechtsextremistischen Aktivitäten Straftaten, insbesondere Körperverletzungen begangen. Die angestrebte Ersatzfamilie und Anerkennung haben sie auch in der rechtsextremistischen Szene nicht dauerhaft finden können.

16 im Aussteigerprogramm betreute Personen haben die rechtsextremistische Szene endgültig verlassen. Bei weiteren 20 besteht die begründete Hoffnung, dass auch sie den Weg zurück in das demokratisch verfasste Gemeinwesen finden werden.

---

<sup>11</sup> siehe auch: [www.nrw.de/zivilcourage](http://www.nrw.de/zivilcourage)

### **HelpLine für Rat und Hilfe suchende Bürger**

Die mit einer großen Plakat- und Postkartenaktion bekannt gemachte Telefonnummer der HelpLine steht auch besorgten Bürgern zur Verfügung, die Fragen zum Themenbereich Rechtsextremismus haben oder sich durch rechtsextremistische Umtriebe bedroht fühlen. Ein Netzwerk von kompetenten Ansprechpartnern aus Justiz, Jugendhilfe, Polizei, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Kräften bietet anlassbezogene schnelle Unterstützung an. Auch ratlose Eltern und andere Erzieher erhalten kompetenten Rat und Hilfe im Einzelfall.

### **5.3 Verfassungsschutz durch Beobachtung und Aufklärung**

Die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes fungieren als **Frühwarnsystem** und **informieren** die Bevölkerung über verfassungsgefährdende Tendenzen.

Wichtige Grundlage der Arbeit des Verfassungsschutzes sind **Informationen** über extremistische Bestrebungen, die zum größten Teil aus öffentlichen Quellen (vorwiegend Printmedien) zusammengetragen werden. Aber auch die Erkenntnisse, die durch den Einsatz von Observationsgruppen oder von Vertrauensleuten gewonnen werden, sind eine notwendige Basis für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden.

Der Verfassungsschutz NRW speichert dabei personenbezogene Informationen im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages<sup>12</sup>. Die Daten werden zum einen in einem internen Verzeichnis und zum anderen im bundesweiten 'Nachrichtendienstlichen Informationssystem' (NADIS) gespeichert. **Kriterium für die Speicherung** ist nicht (nur), ob jemand verdächtig, straffällig oder ein Gewalttäter ist, Anknüpfungspunkt ist vielmehr die Bewertung einer Person als Mitglied, Sympathisant, Förderer usw. einer extremistischen Bestrebung im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes.

Für die Speicherung von **Daten über Minderjährige** – beispielsweise Skinheads fallen häufig in diese Altersgruppe – gibt es besondere Bestimmungen. So ist für den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalens eine entsprechende Vorschrift im § 9 Verfassungsschutzgesetz NW enthalten. Danach dürfen Daten über das Verhalten Minderjähriger nur gespeichert werden, wenn die betroffenen Personen zum Zeitpunkt der Beobachtung das 16. Lebensjahr vollendet hatten und tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Bestrebung bestehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt wird. Zudem sind diese Daten nach Ablauf von zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der weiteren Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen. Es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere einschlägige Erkenntnisse gesammelt wurden.

---

<sup>12</sup> Rechtsgrundlage: § 3 i.V.m. § 8 VSG NW

Neben dem Sammeln und Bewerten von **Informationen** hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eine weitere zentrale Aufgabe: **Aufklärung** einer breiten Öffentlichkeit. Gestützt auf die Überzeugung, dass eine gut unterrichtete Bevölkerung der effektivste Verfassungsschutz ist, werden Informationsmaterialien erstellt und Vorträge gehalten. Im Rahmen des *'Aktionsprogramms gegen Rechtsextremismus'* beteiligt sich der NRW-Verfassungsschutz an schulischen Projekttagen, Diskussionsveranstaltungen und Lehrerfortbildungen.

Die Bedeutung der Unterrichtung der Öffentlichkeit spiegelt sich auch in den seit 1978 herausgegebenen und rege nachgefragten **Verfassungsschutzberichten** des Landes wider, die inzwischen auch Gerichten und anderen Behörden als Standard-Nachschlagewerk dienen. Daneben bietet der Verfassungsschutz eine Vielzahl von Informations- und Aufklärungsmaterialien an, beispielsweise Broschüren, Flyer, Poster, Postkarten oder die CD-Rom 'VS-Info NRW'.

Im Internet ist der Verfassungsschutz unter der Adresse [www.im.nrw.de/verfassungsschutz](http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz) präsent, um der großen Menge der extremistischen Angebote im Internet ein qualifiziertes Angebot gegenüber zu stellen.

## 6. Neuere Entwicklungen im Kampf gegen Rechtsextremismus

Die Erfolge der in den vergangenen Jahren umgesetzten Konzepte und Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus lassen sich häufig nicht an Zahlen und Prozenten ablesen. Zweifellos ist es als Gewinn zu werten, dass neue, unkonventionelle Wege beschritten und Handlungsansätze unter verschiedenen Aspekten erprobt wurden.

Eine große Zahl von Aktionen, Initiativen und Programmen wurde und wird inzwischen von Bürgern, Initiativen, Institutionen und unterschiedlichen Organisationen geplant und durchgeführt; Medienpräsenz und hohe Teilnehmerzahlen dokumentieren das breite gesellschaftliche Interesse.

Offensichtlich sind zumindest großen Teilen der Gesellschaft die Gefahren des Rechtsextremismus sowie die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen bewusst.

Trotzdem ist es weiterhin erforderlich, Konzepte und Strategien kritisch zu hinterfragen und Schlussfolgerungen aus berechtigter Kritik in die künftige Arbeit einfließen zu lassen.

Der moderne Rechtsextremismus ist kein Randphänomen. Er basiert nicht ausschließlich auf Angehörigen sozialer Randgruppen oder vernachlässigten Jugendlichen, die auf diese Art gegen gesellschaftliche Missstände protestieren. Ebenso wenig lässt er sich auf Ausfälle einzelner, betrunkenen Skins reduzieren. Rechtsextremismus ist ein Problem in der Mitte der Gesellschaft.

Ebenso vielfältig wie das Phänomen Rechtsextremismus müssen die gegensteuernden Maßnahmen sein, wenn die jeweilige Zielgruppe erreicht werden soll. Um **Synergieeffekte** zu erzielen und um

Erfahrungen und Informationen austauschen zu können, sollten geeignete Strategien nicht nebeneinander existieren, sondern aufeinander abgestimmt werden.

Wichtiger als Repression ist dabei **Prävention** – beispielsweise durch Aufklärung und gesellschaftliche Ausgrenzung extremistischer Positionen (wohlgemerkt nicht der Menschen). Hier sind nicht nur Politik und gesellschaftliche Institutionen gefordert. **Jeder Einzelne** in seinem familiären, beruflichen und sozialen Umfeld ist aufgerufen, für die im Grundgesetz verankerten Prinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats und für die Grundrechte einzutreten.

In den folgenden Abschnitten werden anhand von Beispielen aktuelle Überlegungen und gesamtgesellschaftliche Handlungsoptionen dargestellt, wobei die gewählte Reihenfolge nicht im Sinne einer Prioritätensetzung zu verstehen ist.

## **6.1 Schule/Pädagogik, Sozialarbeit, Erziehung**

Auf dieser Handlungsebene treffen sich die unterschiedlichsten Akteure: Lehrer, Sozialarbeiter und -pädagogen, Psychologen, Polizisten, Eltern usw. Daher ist es wichtig, bestehende Angebote zu vernetzen und neue Angebote auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen. Isolierte pädagogische Projekte können nur wenig bewirken.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in München kommt in seinen Studien (Wahl/Tramitz 2000) zu dem Ergebnis, dass Präventionsanstrengungen schon viel **früher als bisher ansetzen** müssten: eben nicht erst im Jugendalter mit Jugendhilfeangeboten, sondern bereits in Kindergarten, Schule und selbstverständlich von Anfang an in der Familie. Im Zentrum müsse dabei die **emotionale Entwicklung** des Kindes stehen. Auf Auffälligkeiten, beispielsweise aggressives Verhalten oder (soziale) Angst, müsse reagiert werden, um einen möglichen Entwicklungspfad hin zu Gewalt und/oder Fremdenfeindlichkeit abzuschneiden.

### **6.1.1 Schule**

**Schule** hat das Ziel, junge Menschen zu sozial verantwortlichen, sozial kompetenten und selbständigen Menschen zu erziehen. Dies ist eine wichtige Aufgabe im Kampf gegen Rechtsextremismus, weil nur ein selbst- und sozial verantwortlicher junger Mensch in der Lage ist, sich von extremistischen oder gewaltorientierten Positionen oder Parolen zu distanzieren und sich dagegen aufzulehnen. Aufbau und Entwicklung eines demokratischen **Wertebewusstseins** sind naturgemäß Aufgaben, die Kontinuität fordern und Vorbilder benötigen. Kurzfristige Aktionen können zwar unterstützend und festigend auf bereits entwickeltes Wertebewusstsein wirken, sie können aber den wichtigen Prozess des dauerhaften Aufbaus von Werten nicht ersetzen.

Das Land Nordrhein-Westfalen verfolgt dieses Erziehungsziel in praktisch allen Fächern und Lernbereichen der Schule auf der Grundlage von Artikel 7 der Landesverfassung, wonach nicht zuletzt die Achtung vor der Würde des Menschen, die Bereitschaft zum sozialen Handeln und die Achtung der Überzeugung des anderen zu den wesentlichen Zielen der Erziehung gehören.

Insbesondere in den Fächern der Politischen Bildung ist die Auseinandersetzung mit extremistischen Auffassungen und Verhaltensweisen ein zentrales Thema, dessen Bedeutung durch die im Jahr 2001 neu erstellte 'Rahmenvorgabe Politische Bildung', die für alle Schulformen und Schulstufen gültig ist, noch einmal hervorgehoben wurde. Die Rahmenvorgabe zielt darauf ab, den Schülern nicht nur Wissen über die politischen, soziologischen und ökonomischen Bedingungen in unserer Gesellschaft zu vermitteln, sondern fordert die Schulen auch dazu auf, demokratische Handlungsmöglichkeiten in der Schule zu entwickeln und im Schulleben zu verankern. Denn vor allem durch das Erleben politischen Handelns und das Hineinwachsen in eine Mitverantwortlichkeit können junge Menschen eine Urteils- und Handlungskompetenz entwickeln, die sie in die Lage versetzt, sich gegen extremistische Tendenzen zu wehren und sich aktiv in die Gestaltung unserer zukünftigen Gesellschaft einzubringen.

Die gegenwärtig laufende Überarbeitung der Lehrpläne wird sich der Auseinandersetzung mit extremistischen Auffassungen ebenso widmen.

Um einen entsprechenden Unterricht realisieren zu können, wurden in den vergangenen zehn Jahren nicht nur umfangreiche Maßnahmen der Lehrerfortbildung durchgeführt. Vielmehr hat sich eine große Zahl von Projekten des Programms 'Gestaltung und Öffnung der Schule' (GÖS) mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandergesetzt. Schulen haben sich aus eigener Initiative zu 'Schulen ohne Rassismus' erklärt, haben sich öffentlich mit Aktionen zu Wort gemeldet, Theaterstücke aufgeführt, Dichterlesungen veranstaltet und vieles mehr.

Darüber hinaus wurden den Schulen verschiedene Materialien zur Verfügung gestellt und im Bildungsserver des Landesinstituts für Schule in verschiedenen Formen von Unterrichts- und Projektanregungen Hilfestellungen gegeben. Schließlich wurden die Schulen über das eingeleitete Aussteigerprogramm informiert.

Im Rahmen der für alle Schulen verpflichtenden Entwicklung von Schulprogrammen hat die Auseinandersetzung mit Rassismus und Extremismus einen wichtigen Stellenwert eingenommen.

In dem im Jahr 2001 ins Leben gerufenen Bündnis für Erziehung hat das damalige Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung (MSWF) alle an der Erziehung junger Menschen Beteiligten dazu aufgerufen, ihre Mitverantwortung für eine gelingende und wertorientierte Erziehung wahrzunehmen. Es hat in diesem Bündnis Partner und Paten aus praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen vereint und in verschiedenen Aktivitäten die Bedeutung aktiver Erziehung unterstrichen.

Der Werteerziehung dient außerdem der seit 1997 laufende Schulversuch mit dem Fach 'Praktische Philosophie', das alle diejenigen Schülerinnen und Schüler erreichen soll, die nicht an einem konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen. Ziel des Unterrichts ist es, eine systematische Auseinandersetzung mit Sinn- und Wertefragen anzuregen und zur Entwicklung eines Wertebewusstseins beizutragen. Gegenwärtig nehmen über 400 Schulen aus dem Bereich der Sekundarstufe I aller Schulformen an diesem Schulversuch teil.

Über den regulären Unterricht hinaus bieten auch schulische Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit, sich mit rechtsextremistischen Tendenzen auseinander zu setzen. So wurden im Jahr 2001 im Rahmen des rechtskundlichen Unterrichts zwei zusätzliche Doppelstunden in den Lehrplan aufgenommen, die dazu bestimmt sind, mit den Schülerinnen und Schülern Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu besprechen und ihnen zu vermitteln, dass es Aufgabe des Rechtsstaats ist, allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aktiven Schutz zu gewähren und rechtsextremistischen Verhaltensweisen entschlossen entgegen zu treten. Grundlage hierfür ist die Leitlinie für die rechtskundlichen Arbeitsgemeinschaften im Gemeinsamen Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung und des Justizministeriums über den rechtskundlichen Unterricht in der Jahrgangsstufe 10 der allgemeinbildenden Schulen.

In Zusammenarbeit mit dem Audiovisuellen Medienzentrum der Universität Paderborn wurde außerdem eine Kassette mit fünf Videoclips erstellt, die unter dem Titel 'Augen auf ... Videoclips für Zivilcourage und gegen Gewalt von rechts' allen Leiterinnen und Leitern rechtskundlicher Arbeitsgemeinschaften zu Beginn des laufenden Schuljahres zur Verfügung gestellt wurde.

Weitere Handlungsoptionen für Schulen sind Programme und Projekte, beispielsweise die Einbeziehung der Schüler in die Gestaltung von Schule und Unterricht oder die Förderung interkulturellen Lernens – etwa durch internationalen Schüleraustausch oder die Beschäftigung mit anderen Ländern im Unterricht (vgl. Schubarth 2000). Wichtig ist auch die Unterstützung der Erzieher und Lehrer durch gezielte Aus- und Fortbildung im Umgang mit auffälligen Schülern und deren Eltern (vgl. Wahl 2001). Nicht zuletzt ist die klare Vorgabe von Grenzen wichtig, was die Notwendigkeit einschließt, Normverletzungen durch Schüler keinesfalls zu übersehen, sondern konkrete Verstöße auch zu sanktionieren (vgl. Frindte u.a. 2001).

### **6.1.2 Familie**

Vor dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule sind bereits das **elterliche Erziehungsrecht** und die **elterliche Erziehungspflicht** (Art. 6 GG) maßgeblich.

Familien erfüllen nach wie vor wichtige gesellschaftliche Funktionen, sei es bei der Erziehung der Kinder zu Gemeinschafts- und Demokratiefähigkeit, sei es bei der Vermittlung gemeinsamer Überzeugungen, Ziele und Normen, Rechte und Pflichten.

Trotz der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre, die gerade die Familien erfahren haben, zum Beispiel die geänderte Rollen- und Aufgabenverteilung in der Familie oder der Bedeutungsgewinn nichtehelicher Lebensgemeinschaften, sind die Familien weiterhin unverzichtbar für die Erziehung der folgenden Generationen und damit für die künftige gesellschaftliche Innovationsfähigkeit und Flexibilität.

Eine wesentliche Aufgabe des Staates besteht darin, die Familien – in welcher Form und Ausprägung sie sich auch immer darstellen – dabei zu unterstützen, ihre gesellschaftlichen Funktionen zu erfüllen. Dies kann etwa durch die Verbesserung der Befähigung der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder oder durch die Förderung der Bildung der Kinder geschehen.

Neben der staatlichen Unterstützung ist eine wirksame Selbsthilfe erforderlich, die zur Lösung alltäglicher Probleme beiträgt.

Selbsthilfe hat sich in Nordrhein-Westfalen unter anderem bei der Betreuung von Kleinkindern, bei der Versorgung kranker und behinderter Familienangehöriger und bei der Überwindung von Arbeitslosigkeit bereits etabliert. Sie erfährt professionelle Hilfe und Beratung durch vom Land geförderte Familienselbsthilfeorganisationen und Landesfamilienverbände sowie durch die Freie Wohlfahrtspflege.

Unter Federführung des vormaligen Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG), jetzt Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF), haben Land, Kommunen und Träger der freien Jugendhilfe ein dichtes Angebotsnetz geschaffen, das beispielsweise Familienbildung, Erziehungsberatung, spezialisierte Beratung bei Konflikten und bei Gewalterfahrung, Ehe- und Lebensberatung sowie Frauenberatung umfasst.

Ziel dieses Angebots ist es, die Konfliktlösungsfähigkeiten der Familien zu stärken, die alltäglichen Rahmenbedingungen zu verbessern, Benachteiligungen abzubauen und die familienbezogenen Beratungs- und Unterstützungsangebote zu sichern.

Als Beispiel für die Förderung von Erziehungskompetenzen und sozialen Fertigkeiten in Familien sei die **'Präventions- und Entwicklungsstudie zu Störungen des Sozialverhaltens'** genannt, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unterstützt wird<sup>13</sup>.

Das Projekt, das in Zusammenarbeit mit Kindergärten, Jugendämtern, Kinderärzten und Psychologen durchgeführt wird, beinhaltet die Entwicklung und den Test eines Präventionsprogramms, das insbesondere der Frühprävention bei Kindern im Vorschulalter dienen soll.

---

<sup>13</sup> siehe [www.bmfsfj.de/top/liste/Politikbereiche/Familie/Forschungsvorhaben/](http://www.bmfsfj.de/top/liste/Politikbereiche/Familie/Forschungsvorhaben/)

Ziele sind die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und die Entwicklung sozialer Verhaltensweisen bei Kindern.

Im Problembereich der häuslichen Gewalt setzt der Runde Tisch zum Thema '**Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in NRW**' an, der bereits 1999 eingerichtet wurde. Unter der Federführung des MGSFF beschäftigen sich Vertreter des Innenministeriums, des Justizministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes -Landesverband NRW e. V. -, eine Rechtsanwältin sowie die Landesarbeitsgemeinschaften der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V., der autonomen Frauenhäuser in NRW, der autonomen Frauennotrufe NRW sowie der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen NRW seit 2001 im Schwerpunkt mit dem Thema häusliche Gewalt. Erste Arbeitsergebnisse des Runden Tisches finden sich in einem Thesenpapier, das im Internetangebot des MGSFF veröffentlicht wurde.<sup>14</sup>

### **6.1.3 Außerschulische Jugendarbeit**

Der derzeitige rasante gesellschaftliche Wandel betrifft Jugendliche in besonderem Maße.

Veränderungen gibt es nicht nur in der Demografie oder in den Verhaltensweisen von Einzelnen oder der Gemeinschaft, sondern auch in den Familienbeziehungen und auf dem Arbeitsmarkt.

Da sich diese Veränderungen nicht selten als nachteilig für die Jugendlichen erweisen, sei es durch fehlende familiäre Zuwendung oder durch Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit, ist es heute mehr denn je wichtig, den Jugendlichen die volle gesellschaftliche und berufliche Integration als Zukunftsperspektive zu vermitteln.

Insbesondere ist es notwendig, die Integration sozial benachteiligter oder individuell beeinträchtigter Jugendlichen zu unterstützen.

Dass in diesen Bereichen Handlungsbedarf besteht, macht die Studie '**Rechtsextremismus und Gewalt**' der 'Gesellschaft für Politik und Sozialforschung' deutlich, in der Einstellungen und Haltungen Jugendlicher untersucht werden. Das damalige MFJFG gab diese Studie im Jahr 2000 in Auftrag, um zielgerichtet gegen Rechtsextremismus und Gewalt vorgehen zu können.

Ergebnis der Untersuchung ist unter anderem, dass einerseits die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen mit ihrer Kindheit (83%) und ihrem Leben (78%) zufrieden ist, dass aber andererseits fast die Hälfte der Jugendlichen (48%) Angst vor Arbeitslosigkeit hat. Sogar 54 bzw. 62% befürchten eine Zunahme von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. 49% der Jugendlichen wollen lieber die Gegenwart genießen, als sich Gedanken über die Zukunft zu machen, 51% ist völlig unklar, wie ihr weiteres Leben aussehen wird, und sogar 75% der Befragten glauben, dass die Menschen nicht mehr zusammenhalten, sondern nur noch an sich denken.

---

<sup>14</sup> siehe [www.mfjfg.nrw.de/service/publikationen/material/haeusliche\\_gewalt.pdf](http://www.mfjfg.nrw.de/service/publikationen/material/haeusliche_gewalt.pdf)

Eine überaus wichtige Rolle bei der Bewältigung dieser Aufgaben spielt die außerschulische Jugendarbeit als eigenständiger Erziehungs- und Bildungsbereich neben Elternhaus, Schule und betrieblicher Berufsausbildung.

Neben dem Engagement der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, wie der Jugendämter, und der Träger der Freien Jugendhilfe, wie Fachorganisationen oder Initiativen, ist es nicht zuletzt das konstruktive, partnerschaftliche Zusammenwirken aller dieser Träger, was den nachhaltigen Erfolg der Jugendhilfe ausmacht.

In Nordrhein-Westfalen gewährleistet der Landesjugendplan, dass die Angebote der Jugendhilfe an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Die Förderung der Jugendhilfe orientiert sich an den Grundprinzipien Prävention, Integration, Partizipation und Emanzipation, berücksichtigt auch die Notwendigkeit von Information, Bildung, Beschäftigung und Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Angebote der Jugendhilfe richten sich nach den Lebenswelten und nach den Bedürfnissen der Jugendlichen, sie sind unmittelbar in ihrem sozialen Umfeld angesiedelt und berücksichtigen verstärkt geschlechtsspezifische Ansätze und interkulturelle Aspekte.

Im Rahmen des Landesjugendplanes werden beispielsweise gefördert: Angebote von Jugendverbänden, kulturelle und internationale Jugendarbeit, Jugendmedienpolitik, Angebote der Gewaltprävention, Prävention und Jugendschutz, ehrenamtliches Engagement.

Die Handlungsmöglichkeiten in der Jugendarbeit sind vielfältig.

Auf dem Gebiet der Prävention bieten sich Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Demokratiefähigkeit an, wie zum Beispiel cliquenorientierte Arbeit zur Verstärkung der positiven Elemente in Cliques oder Anti-Aggressivitäts-Training.

Ebenso denkbar sind interkulturelle Maßnahmen, die Jugendliche aus verschiedenen Kulturen zusammenführen, etwa auf dem Weg des Jugendaustauschs, und die durch Kontakte und gegenseitiges Kennen lernen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit reduzieren helfen.

Mehr Partizipation kann durch eine langfristig angelegte beteiligungsorientierte Arbeit erreicht werden, in der Möglichkeiten zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen geboten werden und die Fähigkeit zur eigenständigen Artikulation geschult wird (vgl. Schubarth 2000).

Für eine bessere Emanzipation ist eine grundlegende Auflösung alter und starrer Rollenmuster erforderlich. Die vorherrschenden Geschlechtsstereotypen – insbesondere das männliche Rollenverständnis und die Vorstellung von Männlichkeit, aber auch die Denkweise über Beruf und Familie – müssen verändert werden.

Im Informations- und Bildungsbereich gilt weiterhin, nicht nur politisch-historische Bildung und Aufklärung zu betreiben, sondern zusätzlich das Augenmerk verstärkt auf die neuen Medien zu richten. Die Weiterentwicklung der Medienkompetenz von Jugendlichen ist eine wesentliche Voraussetzung

dafür, dass zukünftig die ungeheuren Informationsmengen, die vor allem über das Internet verbreitet werden, nicht unkritisch konsumiert werden und zu ungewollten Nachteilen oder Schäden führen.

Besonders wichtig ist die Sicherung einer erstrebenswerten Zukunft für die Jugendlichen. Bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen 'Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen' macht die Landesregierung deutlich, dass es ihr insbesondere darauf ankommt, Ausbildungs- und Arbeitsplatzperspektiven zu vermitteln, Aussicht auf Wohnung, gesichertes Einkommen und befriedigende soziale Beziehungen zu geben (vgl. Landtag NRW 2000 und 2001).

Welche Ansätze auch immer gewählt werden: In der **Jugendarbeit** gilt es in besonderem Maße, zwischen einer Vorgehensweise, die auf Sanktion und Ausgrenzung zielt, und einer anderen, die durch ein Zugehen auf Jugendliche und eine akzeptierende Grundhaltung gekennzeichnet ist, eine Mischung zu finden.

Ein Projekt, das interkulturelle Maßnahmen und Förderung der Medienkompetenz verbindet, ist '**Mixed Linx**'<sup>15</sup>. Der Wettbewerb, der bereits im Jahr 2001 vom JFC-Medienzentrum Köln durchgeführt und vom damaligen MFJFG gefördert wurde, ist für das Jahr 2003 erneut geplant.

Kinder und Jugendliche sollen den Alltag und das Miteinander der verschiedenen Kulturen und Lebensformen in Deutschland durch Medien wie Fotos, Videos, Filme oder ähnliches darstellen oder visionär entwickeln, ohne dabei problematische Situationen auszublenden.

Ziel des Wettbewerbs ist, Anregungen und Lösungsvorschläge für ein respektvolles und buntes Miteinander zu liefern und die Möglichkeiten von (multi-) medialen Techniken zu nutzen.

Aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rassismus und Diskriminierung fördert das MGSFF das Projekt '**Entwicklung von Bausteinen zur antirassistischen Trainings- und Bildungsarbeit in der Jugendhilfe**'<sup>16</sup>, das vom Anti-Rassismus-Informations-Centrum NRW (ARIC NRW) durchgeführt wird. In diesem Projekt werden Bausteine zur spezifischen antirassistischen Trainings- und Bildungsarbeit in der Jugendhilfe entwickelt und publiziert, mit deren Hilfe diese Arbeit in den Institutionen der Jugendhilfe nachhaltig und eigenständig fortgeführt werden kann. Zudem werden spezielle Trainings- und Bildungsangebote mit Jugendlichen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren entworfen, durchgeführt und wissenschaftlich evaluiert.

Ziel ist, die Entwicklung antirassistischer Verhaltensweisen zu fördern und rechtsextremistischen Tendenzen vorzubeugen sowie demokratisches Handeln und Zivilcourage von Jugendlichen zu stärken und nachhaltig zu festigen.

---

<sup>15</sup> siehe [www.mixed-linx.de](http://www.mixed-linx.de)

<sup>16</sup> siehe [www.aric-nrw.de](http://www.aric-nrw.de)

Das Kulturprojekt gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt '**Alle Achtung**'<sup>17</sup> wurde in den Jahren 2001 und 2002 in den Städten Bergheim, Troisdorf, Brühl, Bonn und Köln durchgeführt. Aus Mitteln der regionalen Kulturpolitik des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) gefördert, erweitert es Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus um künstlerische Aspekte. In unterschiedlichen Projektbereichen erleben Kinder und Jugendliche ihre eigene Kreativität, thematisieren Formen von Gewalt aus ihrer eigenen Lebenswirklichkeit heraus und entwickeln gewaltfreie Handlungsalternativen. Die aus verschiedenen Herkunftsländern stammenden Teilnehmer entwickeln unter der Anleitung ausgewählter Künstlerinnen und Künstler Theaterstücke, Musicals, Rundfunksendungen mit dem Lokalfunk, Ausstellungen und Literaturlesungen.

Ziel des Projekts ist, die Differenzierungen und Abgrenzungen nach Herkunftsländern durch die künstlerische Zusammenarbeit zu überwinden und neue Bedingungen der Anerkennung und Bewertung zu schaffen.

#### **6.1.4 Arbeitsplatz**

Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, das Berufsleben ist hiervon nicht ausgenommen.

Folglich ist es wichtig, auch in den Unternehmen und Betrieben Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die – um erfolgversprechend sein zu können – von den Unternehmensleitungen, den Personalvertretungen und den Belegschaften gemeinsam getragen werden.

Im Blickpunkt möglicher Strategien sollten die Bereiche der betrieblichen Aus- und Fortbildung, der Information, der Arbeitsorganisation, des Personal- und Sozialwesens und des betrieblichen Umfelds stehen. Ziel sollte es sein, die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten abzubauen und die Zusammenarbeit zu fördern. Das Personal muss qualifiziert, die Integration und die Aufstiegsmöglichkeiten der ausländischen Beschäftigten müssen verbessert werden.

Ein geeignetes Instrument können Betriebsvereinbarungen sein, die einerseits Maßnahmen zur Gleichbehandlung, andererseits aber auch Sanktionsmaßnahmen bei diskriminierendem oder rassistischem Verhalten enthalten.

Erstrebenswert ist zudem die Stärkung der interkulturellen Komponente der beruflichen Bildung, die die Fähigkeit zum Zusammenleben und zur Zusammenarbeit verbessert.

Besonders wichtig ist die Implementierung eines funktionierenden Beschwerdemanagements.

Nur so ergibt sich für die Beschäftigten die Möglichkeit, rassistisches oder fremdenfeindliches Verhalten zu melden, ohne Angst vor Ausgrenzung und Stigmatisierung haben zu müssen.

Beschwerden von Diskriminierungsopfern sind immer konsequent und vertrauensvoll, insbesondere aber vertraulich zu behandeln. Nur so kann einem Beschäftigten, der sich dazu überwunden hat, einen

---

<sup>17</sup> siehe [www.projekt-alle-achtung.de](http://www.projekt-alle-achtung.de)

Vorfall zu melden, das Gefühl gegeben werden, dass er ernst genommen und in seinem Unternehmen etwas gegen Diskriminierung unternommen wird.

Im unmittelbaren Betriebsumfeld kann es – je nach vorhandenen Rahmenbedingungen – erfolgversprechend sein, etwa betriebseigene Wohnungen zu verbessern oder Kindergärten einzurichten. Auch die Mitarbeit von Unternehmen bei Projekten von Kommunen, zum Beispiel bei Gewaltpräventionsräten, kann förderlich für die Vermeidung von Diskriminierung sein (vgl. Roßocha 1999).

Der Leitfaden '**neue wirtschaft: nrw – Botschafter für Toleranz und Weltoffenheit**' (MWMEV 2001) bietet eine Übersicht über denkbare Handlungsmöglichkeiten für Unternehmen und Betriebe. Er ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und des Wirtschaftsministeriums. Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und Konzerne in Nordrhein-Westfalen sollen ermuntert werden, möglichst viele Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu initiieren und umzusetzen. Im Leitfaden finden sich Standpunkte, Anregungen, Ideen, Beispiele, Meinungen und Erfahrungen ebenso wie Fakten, Zahlen und weiteres Recherchematerial.

Ein Beispiel für eine Betriebsvereinbarung, die sich unter anderem gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit richtet, ist die Betriebsvereinbarung der Volkswagen AG '**Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz**'.

Hier heißt es:

»Sexuelle Belästigung, die sich meist gegen Frauen richtet, sowie Diskriminierung nach Herkunft und Hautfarbe und der Religion, stellen am Arbeitsplatz eine schwerwiegende Störung des Arbeitsfriedens dar.«

Das Unternehmen verpflichtet sich in der Betriebsvereinbarung, Diskriminierung zu unterbinden, es verpflichtet alle Werksangehörigen, zur Einhaltung des Arbeitsfriedens und zu einem guten Arbeitsklima beizutragen, es benennt verantwortliche Stellen, bei denen sich die Beschäftigten gegebenenfalls beschweren können, es verpflichtet die verantwortlichen Stellen, spätestens innerhalb einer Woche nach Kenntniserlangung von einem Vorfall bestimmte Maßnahmen (zum Beispiel Anhörung oder Beratung) durchzuführen, es verpflichtet alle Beteiligten zu absolutem Stillschweigen und es verpflichtet sich, wenn nötig, angemessene Sanktionen zu verhängen, die von einer Belehrung bis zur Kündigung gehen können.

Das bisher gesagte gilt in gleichem Maße selbstverständlich ebenso für den Bereich des öffentlichen Dienstes. Auch hier gilt es, die Mitarbeiter zu sensibilisieren, sie zur Vermeidung von Übergriffen oder diskriminierendem Fehlverhalten auszubilden und sie gegebenenfalls zu sanktionieren.

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat diesen Anspruch in seinem Leitbild verankert, wo es heißt: »Wir achten auf Chancengleichheit und treten jeglicher Art der Diskriminierung konsequent entgegen.«

## 6.2 Polizei und Justiz

Wie alle anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen tragen auch Polizei und Justiz ihren Teil zu einer wirksamen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei.

Anmeldungen zu Veranstaltungen und Demonstrationen rechtsextremistischer Organisationen werden genau geprüft und die ordnungsrechtlichen Möglichkeiten, Auflagen und Verbote zu verhängen, genutzt. In die selbe Richtung weisen Bemühungen, die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts im Internet zu verhindern. Soweit nämlich durch die dargestellten Inhalte Strafgesetze verletzt werden, wird die Polizei gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen den Urheber einleiten. Maßnahmen gegen die Provider mit dem Ziel, die entsprechenden Seiten zu sperren, trifft die nach dem Mediendiensteinstaatvertrag zuständige Behörde (in Nordrhein-Westfalen: Bezirksregierung Düsseldorf) durch entsprechende Verfügung

Weitere polizeiliche Mittel zur Bekämpfung rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Delikte sind die Einrichtung von Sonderkommissionen oder Ermittlungsgruppen und der Einsatz von Spezialkräften zur Festnahme, Beweissicherung und Dokumentation. Auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei der Tätersuche – zum Beispiel auf dem Wege der Auslobung – kann ein geeignetes Instrument sein.

Die konsequente Anwendung der **Strafgesetze** sowie des **Polizeirechts** in allen seinen Ausprägungen stellt jedoch nur eine Facette der vielfältigen polizeilichen Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus dar. Darüber hinaus ist die Polizei nicht zuletzt auf Grund ihres gesetzlichen Auftrags zur Gefahrenabwehr bemüht, durch präventive Maßnahmen sowohl nach innen wie auch nach außen ihren Beitrag für eine wirksame Eindämmung des Rechtsextremismus und seiner Erscheinungsformen zu leisten. Die im folgenden Absatz beispielhaft dargestellten Konzepte werden bereits seit einiger Zeit durch die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen angewandt. Zudem wirkt die Polizei auch an dem Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten mit (siehe hierzu Punkt 5.2), in dem sie – ähnlich wie der Verfassungsschutz – durch aktive Ansprache auf das Programm und seine Möglichkeiten aufmerksam macht.

### 6.2.1 Prävention

Prävention soll verhindern, dass rechtsextremistisches Gedankengut weitere Anhänger findet.

Zudem zielen präventive Maßnahmen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags zur Gefahrenabwehr darauf ab, Straftaten zu verhüten. Dementsprechend verfolgen polizeiliche Präventionskonzepte unterschiedliche Ansätze. Täterorientierte Ansätze sind in aller Regel darauf angelegt, bereits strafrechtlich

in Erscheinung getretene Rechtsextremisten bzw. Mitläufer und Sympathisanten von (weiteren) Straftaten abzuhalten bzw. aus der Szene herauszulösen. Hierzu werden diese Personen mit Gefährderansprachen belegt; mit erstmalig aufgefallenen Personen werden sogenannte Ersttäter- und Präventionsgespräche geführt.

Das Polizeipräsidium Köln führt solche Gespräche bereits seit 1995 durch. Im Jahr 2000 wurden beispielsweise rund 200 Personen angesprochen, sowohl Jugendliche und Heranwachsende, die in der rechten Szene fest verankert sind, aber auch Personen, die sich im Umfeld der Szene aufhalten ohne jedoch direkt einer Gruppe anzugehören. Das Projekt der Staatsschutzdienststelle des Polizeipräsidiums Köln entstand aus der Überlegung heraus, dass durch die frühzeitige Ansprache den Betroffenen signalisiert wird, dass ihr Verhalten durch die Polizei wahrgenommen wird; sie sollen so von zukünftigen rechtsextremistischen Handlungen abgehalten werden. Zusätzlich werden die Erziehungsberechtigten, die in aller Regel an den Gesprächen teilnehmen, über ein mögliches Abgleiten ihrer Kinder in die rechtsextremistische Szene informiert. Vielfach hatten die Erziehungsberechtigten Informationsdefizite und übten auch keine Sozialkontrolle aus. Im Ergebnis hat das Projekt zu einer Vielzahl von persönlichen Gesprächen mit den betroffenen Personen und Erziehungsberechtigten geführt. Regelmäßig wurde das Auftreten der Staatsschutz-Mitarbeiter von beiden Parteien positiv bewertet.

Andere polizeiliche Konzepte zielen demgegenüber darauf ab, Eltern, Lehrern sowie gesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen und Verbänden Erklärungsansätze, Ursachendarstellungen sowie Handlungsansätze zum Problembereich Rechtsextremismus zu vermitteln. Beispielhaft sei hier auf die 'Modulare Vortragsreihe' des Polizeipräsidiums Hagen hingewiesen, die durch die Unterabteilung Staatsschutz entwickelt wurde und seit Anfang des Jahres 2000 angeboten wird. Speziell geschulte Mitarbeiter klären in einem Vorgespräch mit dem jeweiligen Kunden dessen Bedarf und präsentieren dann zielgruppenorientiert die entsprechenden Module, die unter anderem die Themenbereiche

- Präventionsarbeit der Polizei
  - Erklärungsansätze Rechtsextremismus
  - Ursachendarstellung
  - Szenedarstellungen
  - Internet
  - Erscheinungsformen Skinheadszene
  - Handlungsansätze für Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter pp.
  - Maßnahmenkatalog für Polizeibeamte
- umfassen.

Das Handlungskonzept der Bezirksregierung Arnsberg gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sieht darüber hinaus weitere allgemeine aber auch spezielle strukturbezogene Maßnahmen vor. Beispielhaft seien hier die Betreuung von Opfern rechter Gewalt durch Opferschutzbeauftragte sowie Maßnahmen zur Förderung der Zivilcourage, die Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden in

Ordnungspartnerschaften und kriminalpräventiven Räten oder auch eine abgestimmte Medien- und Öffentlichkeitsarbeit angeführt.

Das im Jahr 2001 von Bund, Ländern, Kommunen, Religionsgemeinschaften und Verbänden ins Leben gerufene '**Deutsche Forum für Kriminalprävention**'<sup>20</sup> gewährt einen guten Überblick über weitere Möglichkeiten wirkungsvoller Prävention sowie über praktische Erfahrungen und Beispiele. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Juli 2002 mit der Einrichtung des Landespräventionsrates als Bindeglied zwischen den kommunalen Präventionsgremien und dem Deutschen Forum für Kriminalprävention einen wichtigen Beitrag zur Kriminalitätsvorbeugung geleistet.

### **6.2.2 Fortbildung**

Eine wirksame Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch die Polizei kann nur dann erfolgen, wenn die eingesetzten Polizeikräfte über einen hohen Ausbildungsstand verfügen. Hiermit ist insbesondere das Hintergrundwissen über Ursachen und Ausprägungen des Rechtsextremismus gemeint.

Die Themenkomplexe Rechtsextremismus und Interkulturelle Kompetenz werden bei der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen bereits seit Jahren in Fortbildungsveranstaltungen behandelt.

So werden im Rahmen zentraler Seminare des PFI Münster für Beamtinnen und Beamte des gehobenen und höheren Dienstes sowie der Polizeiführungsakademie für Führungskräfte des höheren Dienstes unter anderem Themen wie

- Spannungsfeld Aus- und Übersiedler,
- Rechtsextremismus und polizeiliche Aufgabenbewältigung im täglichen Dienst und
- Fremdenfeindlichkeit

behandelt.

Mitarbeiter der Ermittlungskommissariate Staatsschutz werden ebenfalls in zentralen Lehrgängen – zum Teil in Zusammenarbeit mit externen Fortbildungsträgern – sowie in Verhaltens- und Stressbewältigungstrainings auf ihre speziellen Aufgaben vorbereitet.

Darüber hinaus ist die Thematik sowohl Gegenstand in der polizeilichen Ausbildung für die Laufbahnabschnitte I und II, als auch wesentlicher Teil der örtlichen Fortbildung in den Kreispolizeibehörden.

Hierzu liegt seit dem Jahr 2000 eine Fortbildungskonzeption vor, die

- ein Regiebuch für die organisatorische Gestaltung behördlicher Fortbildungsmaßnahmen,
- ein Handbuch mit inhaltlichen Informationen zu Minderheiten,
- ein Curriculum für die Multiplikatorenschulung ( 2001 abgeschlossen ) umfasst.

Ziel dieser Konzeptionen ist es, die Polizeibeamtinnen und -beamten im Streifen- und Ermittlungsdienst im Umgang mit Minderheiten mit professioneller Handlungskompetenz auszustatten und insbe-

---

<sup>20</sup> siehe [www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de)

sondere die Akzeptanz polizeilicher Arbeit durch tolerantes und vorurteilsfreies Einschreiten beim Gegenüber und in der Öffentlichkeit zu steigern.

### 6.2.3 Repression

Haben die präventiven Anstrengungen keinen Erfolg und kommt es zu rechtsextremistisch motivierten Straftaten, sind vor allem eine beschleunigte Durchführung der Ermittlungs- und Strafverfahren und eine zeitnahe Sanktionierung wichtig, da nur so eine erzieherische und damit präventive Wirkung zu erzielen ist.

Die Justiz verfolgt im Rahmen der vorhandenen Strafvorschriften unter anderem:

- Volksverhetzung; Aufstachelung zu Rassenhass und Anstiftung zu rassistischen Gewalttaten (§ 130 StGB)<sup>18</sup>,
- Propagandadelikte (§§ 86 und 86a StGB) sowie
- Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen (§ 166 StGB).

Auch das geltende Jugendgerichtsgesetz enthält mit seinem abgestuften Katalog von Erziehungsmaßnahmen, Zuchtmitteln und Jugendstrafen eine breite Palette möglicher Rechtsfolgen.

Obwohl diese Mittel vorhanden sind, werden immer wieder strafverschärfende Gesetzesänderungen gefordert. Dabei ist nicht erwiesen, dass härtere Strafen Gewalttäter von ihren Vorhaben abhalten oder dass ein höheres Strafmaß gleichbedeutend ist mit einer höheren Abschreckung; abgesehen davon werden auf diesem Wege möglicherweise rechte Märtyrer produziert. Es ist vielmehr so, dass die Täter sich über das Strafmaß für eine Tat häufig keine Gedanken machen. Und – wie Klaus Wahl vom DJI München es formuliert – »während der Tat regieren die Affekte« (Wahl 2001). Impulse für die Änderung und die Fortentwicklung von Gesetzen gibt es jedoch regelmäßig, etwa aufgrund der Verpflichtung, EU-Richtlinien und -Verordnungen in nationales Recht zu transformieren, oder auch durch internationale Verträge und Übereinkommen. Beispiele hierfür sind das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten<sup>19</sup> und das europäische Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit<sup>20</sup>.

Ist es zu einer Verurteilung aufgrund rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten gekommen, ist es wichtig, im Rahmen des **Strafvollzugs** langfristig angelegte Programme, sozialpädagogische und therapeutische Maßnahmen mit den Inhaftierten durchzuführen. Kurzfristige Anti-Aggressions-Trainings o.ä. können sinnvoll sein – reichen aber nicht aus. Denn diverse Studien – und auch die hier zu Grunde liegenden Befragungen – verdeutlichen, dass Gewalt vielfach aus einem situativen Gruppenkontext heraus entsteht. Daher besteht neben der strafrechtlichen, auf Sanktion setzenden

---

<sup>18</sup> Hier ist insbesondere auch § 130 Abs. 3 StGB zu nennen, der die Billigung, Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen unter Strafe stellt.

<sup>19</sup> siehe [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/europarat/konventionen/minderheiten\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/europarat/konventionen/minderheiten_html)

den Verfolgung der Tat die Herausforderung einer kontinuierlichen pädagogisch-psychologischen Unterstützung des Täters, um die Anfälligkeit für eine negative Gruppendynamik in der Zukunft zu vermindern. Dies darf nicht als falsche Belohnung eines Straftäters missverstanden werden, sondern als präventive Maßnahme zur Verhinderung eines Rückfalls in alte Denk- und Handlungsmuster.

Der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt und integriert die Zielsetzungen des Strafvollzugsgesetzes, wonach Gefangene befähigt werden sollen, nach der Haftentlassung ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten zu führen. Den Gefangenen werden gezielte Behandlungsangebote gemacht, die darauf ausgerichtet sind, einen Rückfall in erneute Straffälligkeit nach der Entlassung zu vermeiden und die Integration des Gefangenen in die Gesellschaft zu fördern.

Aus diesem Grunde existiert in den Vollzugsanstalten des Landes seit Jahren ein sehr umfangreiches Behandlungsangebot, das z.B. auch differenzierte schulische sowie berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen beinhaltet.

Neben den schulischen und beruflichen Bildungsangeboten steht den Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen zusätzlich ein umfangreiches und individuelles Behandlungsangebot zur Verfügung. Dieses Angebot umfasst u.a. sozialtherapeutische Behandlung, besondere Behandlungsabteilungen für drogenabhängige Gefangene, Kurse sozialen Trainings, Schuldnerberatung, Wohngruppenvollzug, interne und externe Eheseminare sowie ein differenziertes Sport- und Freizeitangebot.<sup>21</sup>

Als äußerste Form der Repression gegen den Rechtsextremismus bleibt schließlich die Möglichkeit, rechtsextremistische Parteien und Organisationen zu verbieten.

Bei einem solchen Vorgehen ist jedoch immer sorgfältig zu prüfen, ob die Vorteile eines Verbots die Nachteile überwiegen.

Vorteilhaft ist zumeist, dass die Infrastruktur der verbotenen Gruppe oder Organisation zerschlagen wird, dass ihr gleichsam die wirtschaftliche Grundlage entzogen wird und dass das Verbot eine abschreckende Wirkung auf Sympathisanten und Mitläufer entfaltet.

Nachteilig ist fast immer, dass sich Teile der Anhängerschaft der verbotenen Organisation anderen Organisationen anschließen, dass sie Ersatzstrukturen schaffen und neue Organisationen aufbauen. Schließlich ist der Reiz des Verbotenen nicht zu unterschätzen, der unter Umständen dazu führt, dass eine Gruppierung durch das Verbot attraktiver und interessanter wird, als sie ansonsten gewesen wäre.

Welche Form des repressiven Handelns auch gewählt wird: die Opfer müssen geschützt, die rechtsstaatlichen Grenzen der Sanktionierung rechtsextremistisch bedingter Gewalt müssen beachtet werden.

---

<sup>20</sup> siehe [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu\\_politik/politikfelder/justiz\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/politikfelder/justiz_html)

<sup>21</sup> ausführliche Informationen in: Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen

So wie mangelnde Handlungsfähigkeit im schlimmsten Fall dem Rechtsextremismus den Weg freimacht, kann das Ausschöpfen aller repressiven Möglichkeiten zu einer Schwächung der demokratischen Grundrechte führen.

### **6.3 Politik, politische Bildung, Medien**

Politik, politische Bildung und Medien verfügen über ein umfangreiches Instrumentarium zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, sie bestimmen wesentlich die Meinungsbildung und den Meinungswandel in der Gesellschaft mit. Ihnen kommt daher eine hohe Verantwortung dabei zu, ein fortschrittliches, weltoffenes gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz finden.

#### **6.3.1 Politik**

Zunächst einmal muss davor gewarnt werden, rechtsextremistische Bestrebungen lediglich zu stigmatisieren. Damit werden zwar möglicherweise die Wahlchancen rechtsextremistischer Parteien geschmälert, aber im Grunde handelt es sich dabei um eine Verdrängungstaktik. Eine Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Argumentationsmustern und der Aufbau einer Gegenargumentation bilden die langfristig wirksamere Strategie. Ein öffentlich geführter, interkultureller Dialog kann dazu beitragen, Wissenslücken auszufüllen und damit Vorurteilen den Boden zu entziehen. Allerdings muss bedacht werden, dass derartige Informationskampagnen selten alle gesellschaftlichen Gruppen erreichen.

Ein Politikfeld, das sich für die Bekämpfung von Ursachen des Rechtsextremismus anbietet, ist die **Sozialpolitik**.

Hier kommt es insbesondere darauf an, den Menschen – insbesondere den Kindern und Jugendlichen – durch die Schaffung und die Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen eine positive Berufs- und Lebensperspektive anzubieten.

Aber auch diejenigen, die in ihrem bisherigen Leben eine solche Perspektive nicht hatten, wie Arbeitslose, Arme oder Wohnungslose, müssen in ihren individuellen Fähigkeiten gesellschaftliche Anerkennung finden.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt daher unter anderem darauf, dass von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte möglichst gar nicht erst arbeitslos werden, durch den strukturellen Wandel von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen möglichst schnell wieder in neue Beschäftigungsfelder einmünden und besonders benachteiligte Personen innerhalb der Gruppe der Arbeitslosen wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden.<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> siehe [www.arbeitsmarkt.nrw.de](http://www.arbeitsmarkt.nrw.de)

Eine funktionierende Sozialpolitik ist aber kein Allheilmittel.

Selbst die erfolgreiche Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit wird – wie Untersuchungen immer wieder zeigen – nicht zwingend das Verschwinden des Rechtsextremismus nach sich ziehen. Dieses Ziel ist nur annähernd erreichbar, wenn zahlreiche andere Ziele erreicht werden, wie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, die Minimierung von Gewalt, der Abbau von Diskriminierung, das Sicherstellen annähernder sozialer Chancengleichheit und vieles mehr.

Ein Beispiel für sozialpolitische Maßnahmen ist das Programm '**Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten**' (E&C)<sup>23</sup>, das vom BMFSFJ gefördert und vom Deutschen Jugendinstitut seit dem 1. September 2000 bis zum 30. September 2003 wissenschaftlich begleitet wird.

Ziel des Programms ist die Verbesserung der Lebensbedingungen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in städtischen Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf und in strukturschwachen ländlichen Regionen.

Der **Integrationspolitik** kommt ebenfalls eine wichtige Funktion zu, denn die Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Eingliederung von Migranten, Flüchtlingen und ausländischen Mitbürgern kann dazu beitragen, Diskriminierungen vorzubeugen.

Maßnahmen, die der Integration dienen, sind in vielfältiger Form denkbar: Die sprachliche Integration kann durch ein flächendeckendes Angebot von Sprachkursen gefördert werden, deren Besuch durch Anreize unterstützt sein muss. Solche Kurse können durchaus auch in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Migranten- oder Flüchtlingsorganisationen durchgeführt werden.

Die berufliche Eingliederung kann durch eine Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für junge Ausländer oder Aussiedler bereits von Beginn an gefördert werden, für ältere Betroffene sind spezielle Programme erforderlich. Flüchtlingen kann der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden.

Die soziale Integration lässt sich durch soziale Beratung und Betreuung, durch die Einbindung von Selbstorganisationen, durch die Verhinderung von Ghettobildung, durch eine transparente Ausländer- und Flüchtlingspolitik oder durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit erheblich verbessern.

Interkulturelles Lernen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollte Bestandteil einer solchen Integrationspolitik sein. Diese Methode führt Migranten nicht nur an die grundgesetzliche Werteordnung heran, sondern ermöglicht es ihnen, ihre Kultur vorzustellen und Kenntnisse darüber zu vermitteln. Grundsätzlich ist aber wichtig, neben den kulturellen Unterschieden vor allem die Gemeinsamkeiten der Kulturen zu betonen.

---

<sup>23</sup> siehe <http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=117>

Die Landesregierung versteht Integration als einen interaktiven Prozess zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft. Dies beinhaltet sowohl eine Anpassung der Zuwanderer als auch eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft. Gefördert werden u.a. die Erstaufnahme und Weiterleitung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen mit Dauerbleiberecht, die Unterstützung der sozialen, beruflichen, sprachlichen und kulturellen Integration der Zugewanderten, die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Zugewanderten und die Stärkung der Integrationsbereitschaft und der Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft.

Ein Beispiel für die Förderung der Integration von Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen sind die Landesprogramme des vormaligen Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie (MASQT), die Jugendliche aus Zuwandererfamilien zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses motivieren wollen und die dazu notwendigen Voraussetzungen vermitteln.

Ansprechpartner hierfür sind die 'Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)'<sup>24</sup>.

### **6.3.2 Politische Bildung**

Voraussetzung einer geistigen und politischen Auseinandersetzung in der Gesellschaft ist das Vorhandensein von Information. Nur wenn die Bürger von den Hintergründen und Gefahren des Rechtsextremismus ausreichend Kenntnis haben, sind Gegenmaßnahmen und Strategien an sie vermittelbar.

In der politischen Bildung innerhalb und außerhalb von Schulen muss daher weiterhin ein offener Dialog über Toleranz und Mitmenschlichkeit geführt werden.

Herausragende Aufgaben sind der Abbau von Vorurteilen, die Förderung eines stabilen Selbstwertgefühls, die Vermittlung von Werten wie Empathie, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Fürsorge, die Entwicklung moralischer Urteilskompetenz, politischer Mündigkeit und alternativer Lösungsmechanismen von Konflikt- und Problemlagen.

Nicht zuletzt muss die Gesellschaft auf eine zunehmende ethnische und kulturelle Pluralisierung vorbereitet werden, nur so lassen sich rassistische und ethnozentrische Vorurteile und Feindbilder bekämpfen, nur so können Kommunikation und Austausch über ethnische Grenzen hinweg stattfinden.

Deshalb ist es besonders wichtig, dass Offenheit, Toleranz und Respekt auch allem Fremden gegenüber von Anfang an als selbstverständlich erfahren werden. Das muss in der Familie beginnen und über den Kindergarten und die Schule bis hin zur Berufsausbildung reichen.

Inhaltlich ist dabei die Vermittlung von Wissen über die soziale, rechtliche und politische Lage sowie die Kultur und Gesellschaft von Angehörigen nicht deutscher ethnischer Gruppen ein geeignetes Mittel.

---

<sup>24</sup> siehe [www.raa.de](http://www.raa.de)

Nicht minder wichtig ist die Stärkung des demokratischen Bewusstseins, die mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung über Rassismus und Nationalismus verbunden werden sollte – etwa durch die Vermittlung von Wissen über den Nationalsozialismus. Der Bürger muss umfassend informiert werden – zum Beispiel durch Publikationen, Seminare, Aufklärungskampagnen –, um sich dann für die Demokratie engagieren zu können.

Dies ist Kernaufgabe der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der von ihr unterstützten Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung. Die Landeszentrale bietet für interessierte Bürgerinnen und Bürger und für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein breites Angebot von ca. 40 Publikationen zum Thema; über die öffentlichen Bibliotheken und die Medienzentren des Landes NRW können ca. 100 audiovisuelle Medien zu den Themen Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt ausgeliehen werden. Schriftenverzeichnis und Medienkatalog sind über die Landeszentrale zu beziehen und können im Internet eingesehen werden.<sup>25</sup> In Kürze wird hier auch ein Veranstaltungskalender abrufbar sein.

Insgesamt ist eine zielgruppenspezifische Aufklärung entscheidend, die beispielsweise Alter und Bildungsstand, aber auch geschlechtsspezifische Besonderheiten bei den Adressaten berücksichtigt.

Neben die direkte Aufklärung jedes Einzelnen tritt die mittelbare Aufklärung über Multiplikatoren (zum Beispiel Lehrer, Eltern, Jugend- und Sozialarbeit). Gerade in Bezug auf die unmittelbare Aufklärung muss aber einschränkend angemerkt werden, dass häufig in erster Linie politisch Interessierte erreicht werden. Es ist daher sinnvoll, entsprechende Themen in den Unterricht aller Schulformen zu integrieren. Darüber hinaus ist eine Kooperation mit Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit erstrebenswert.

Dies war für die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen Anlass, Pädagogen aus allen Praxisfeldern zu einem Kongress einzuladen, um die Möglichkeiten und Grenzen von Bildung und Qualifizierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus abzuschätzen und empirische Ergebnisse pädagogischer Forschung sowie in der Praxis erprobte Ansätze aus Schule und außerschulischer Jugendarbeit, Berufsbildung, Erziehungsberatung und Jugendhilfe zu bilanzieren. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2003 in Buchform zugänglich sein.<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> [www.politische-Bildung.nrw.de](http://www.politische-Bildung.nrw.de), Postanschrift: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Landeszentrale für politische Bildung, 40213 Düsseldorf.

<sup>26</sup> Klaus Ahlheim (Hrsg.), Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung.

Ein Beispiel für die Förderung und Stärkung der politischen Bildung ist das Programm '**Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus**'<sup>27</sup>, das vom Deutschen Jugendinstitut begleitet und vom BMFSFJ gefördert wird.

Das Programm lief vom 1. Januar 2002 bis zum 30. April 2003 und förderte unter anderem Projekte, die im Kontext rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Herausforderungen die Entwicklung von zeitgemäßen und praxisorientierten pädagogischen Arbeitshilfen umsetzen. Der Förderschwerpunkt lag auf geschlechtsspezifischer Bildungsarbeit mit dem Hauptaugenmerk auf gewaltbereite, rechtsorientierte oder gefährdete männliche Jugendliche und junge Erwachsene.

### 6.3.3 Medien

In der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft nehmen die Medien eine herausragende Stellung ein.

Fernsehen, Hörfunk, Presse und Internet wirken durch die Auswahl und die Präsentation von Informationen entscheidend an der Meinungsbildung der Gesellschaft mit, sie sind Träger und Übermittler von Informationen für oder gegen den Rechtsextremismus.

Für den Empfänger einer solchen Informationsflut ist es ungeheuer schwer, die von ihm benötigten Informationen herauszufiltern und deren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Neben der Möglichkeit, Zugang zu Informationen zu erhalten – etwa durch die entsprechenden technischen oder materiellen Voraussetzungen – ist es für den Informationsempfänger unerlässlich, zum kritischen Umgang mit veröffentlichter Meinung befähigt zu sein.

Diese Fähigkeiten zu vermitteln ist eine wesentliche Aufgabe von Erziehung und Ausbildung.

Ziel sollte sein, eine handlungsorientierte Medienarbeit zu betreiben, die aus einem bloßen passiven einen kritischen, strukturierten und zielgerichteten Medienkonsum macht. Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung hat Vorschläge entwickelt, wie dieses Ziel erreicht werden könnte.

Ein verantwortungsvoller Umgang der Medien mit den Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist besonders wichtig. Denn zum einen werden öffentliche Diskussionen häufig von Rechtsextremisten für ihre Zwecke instrumentalisiert (Beispiel: Asylrechtsdebatte). Zum anderen besteht die Gefahr von Nachahmungstaten, wenn ausschließlich plakativ und unreflektiert über rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Vorfälle berichtet würde. Die Medien tragen wesentlich dazu bei, für das Problem Rechtsextremismus zu sensibilisieren und wichtige Informationen bereit zu stellen.

---

<sup>27</sup> siehe [www.entimon.de](http://www.entimon.de)

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt im Kampf gegen Rechtsextremismus auf die ganze Bandbreite der Medien. Neben klassischen – zum Beispiel Broschüren oder Bücher – werden auch neue Medien gefördert<sup>28</sup>:

Ein Projekt für interkulturelle Verständigung und die Überwindung von Vorurteilen ist die '**Siegener Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung**'<sup>29</sup>, die vom MGSFF aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rassismus und Diskriminierung gefördert wird.

Die Mediathek verfügt über zahlreiche Medien zu den Themen Rassismus, Jugend und Gewalt, Diskriminierung und interkulturelle Arbeit, die landesweit angefordert oder vor Ort ausgeliehen werden können. Das Angebot der Mediathek richtet sich besonders an Jugendgruppen, Nutzer können aber auch interessierte Einzelpersonen, Behörden oder andere Institutionen sein, die Themen wie ethnische Diskriminierung und Rassismus zweckbezogen aufarbeiten wollen oder sich über ein bestimmtes Problem informieren möchten.

Ziel des Projekts ist die Verbesserung der Bildung und Öffentlichkeitsarbeit gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die Schaffung kostenfreier Zugangsmöglichkeiten zu qualifizierten Medien.

Ein Beispiel für die Möglichkeit von Medien, Informationen bereit zu stellen, ist der '**Internetauftritt für antirassistische und interkulturelle Projekte in Schule und Jugendarbeit in NRW**'<sup>30</sup>. Entwickelt unter finanzieller Förderung durch das vormalige MFJFG dokumentiert das Projekt seit April 2001 unter der Leitung der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in NRW (IDA) öffentliche und öffentlichkeitswirksame Aktivitäten im Bereich der interkulturellen und antirassistischen Arbeit in Schule und Jugendhilfe. Darüber hinaus werden als Hilfestellung für Fachkräfte und andere am Arbeitsfeld Interessierte Unterrichts- und Bildungsmaterialien sowie ein Info-Pool bzw. eine Datenbank bereit gestellt.

Ziel des Projekts ist, alle Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der interkulturellen und antirassistischen Arbeit in Schule und Jugendhilfe zu erreichen. Daher wurde die Webseite nicht nur jugendgerecht aufgebaut, sondern so, dass sie sich auch an Fachkräfte richtet.

Den Einsatz neuer Medien im Kampf gegen Rechtsextremismus veranschaulicht die CD-Rom '**Ein-ge(k)linkt - Buntes statt braunes Netz**'<sup>31</sup>. Gefördert vom MFJFG wurde das Projekt von den Webmobilen für NRW (JFC-Medienzentrum Köln und Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur Deutschland GMK) und IDA im Jahr 2001 durchgeführt.

---

<sup>28</sup> siehe auch 5.3 und 6.3.2

<sup>29</sup> siehe [www.mediathek-gegen-Rassismus.de](http://www.mediathek-gegen-Rassismus.de)

<sup>30</sup> siehe [www.Projekte-interkulturell-NRW.de](http://www.Projekte-interkulturell-NRW.de)

<sup>31</sup> siehe [www.webmobil.jugend-nrw.de](http://www.webmobil.jugend-nrw.de)

Die CD-ROM bündelt Informationen, Ideen und Praxistipps für MultiplikatorInnen der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit und bietet außerdem Materialien für einen Einstieg in die politische Jugendbildung mit dem Medium Internet.

Ziel ist, das gesellschaftspolitische Engagement von Jugendlichen für Toleranz und Demokratie zu unterstützen sowie die medienkompetente Nutzung neuer Medien zu fördern. Zudem sollen MultiplikatorInnen der außerschulischen Jugendarbeit angeregt werden, die kritische Auseinandersetzung von Jugendlichen mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit mit Hilfe der neuen Medien zu fördern.

Die bereits erwähnte Arbeitsgruppe der Landesregierung hat in einem Bericht zusammengetragen, welche Aktivitäten bereits jetzt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Internet vorhanden sind. Sie hat darüber hinaus ein Bündel von Vorschlägen entwickelt, um diese Maßnahmen weiter zu intensivieren. Die Umsetzung der Vorschläge wird zur Zeit geprüft.

#### **6.4 Erkenntnisse und Folgerungen**

Wie die zahlreichen genannten Beispiele zeigen, initiiert, fördert und betreibt die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wirksame und wegweisende Programme und Projekte, die auf vielfältige Art Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen.

Genauso wichtig ist, dass sich Menschen, Organisationen und Initiativen aus allen Teilen der Gesellschaft engagiert haben. Sie haben ebenfalls Programme und Projekte durchgeführt und sich im alltäglichen Leben für eine demokratische und tolerante Gesellschaft eingesetzt. Diese Einsätze hatten Signalwirkung und haben die Öffentlichkeit aufgerüttelt und für das Thema sensibilisiert.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Gedanken und Einstellungen und den Kampf gegen Straf- und Gewalttaten rechtsextremistischer Täter müssen Staat und Gesellschaft gemeinsam führen. Der Staat wird eine wichtige Rolle übernehmen, wenn es gilt, Konzepte zu entwickeln und das Engagement der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure zu fördern oder zu koordinieren. Schule und Polizei sind nur zwei der Akteure, über die der Staat in diesem Zusammenhang verfügen kann.

Aber erst das gesellschaftliche Engagement vieler Beteiligter ergänzt die staatlichen Handlungsalternativen und schöpft die gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten unseres Gemeinwesens aus. Alle Konzepte und Strategien können nur jeweils ein – wenn auch unverzichtbarer – Teil einer gesellschaftlichen Gesamtstrategie sein. Isoliert durchgeführte Projekte werden angesichts der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten auch mit erhöhtem personellen Einsatz kaum mehr als örtlich begrenzte Achtungserfolge erzielen.

Das Land Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu dieser Verantwortung.

Bereits im Beschluss zum '**Aktionsprogramm der Landesregierung NRW gegen Rechtsextremismus**'<sup>32</sup> liegt ein Vorhabensschwerpunkt auf der Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen staatlichen Stellen untereinander, aber auch zwischen staatlichen Stellen und vielen anderen, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren. Die Verantwortung des Landes wird zudem in der Verpflichtung, alle präventiv wirkenden Maßnahmen weiterzuentwickeln und das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, dokumentiert.

Die genannten Beispiele zeigen, dass diese Vorgaben bei der praktischen Umsetzung von Strategien und Konzepten gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen beachtet wurden. Die bisher durchgeführten Programme und Projekte, Initiativen und Veranstaltungen, haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem des Rechtsextremismus gelenkt und für eine Sensibilisierung gesorgt. Wenn es gelingt, in Zukunft noch größere Teile der Bevölkerung von der Notwendigkeit gemeinsamen aktiven Handelns zu überzeugen, braucht man in Anbetracht der zahlreichen verfügbaren Handlungsoptionen nicht zu befürchten, eine gefestigte Gesellschaft wie die unsere könne gegen rechtsextremistische Bestrebungen nicht bestehen.

---

<sup>32</sup> Kabinettsbeschluss vom 15.08.2000

## 7. Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. - Studien zum autoritären Charakter  
Frankfurt/M. 1973 (engl. Original von 1950)
- Ahlheim, Klaus /  
Heger, Bardo - Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit:  
Handreichungen für die politische Bildung  
Schwalbach/Ts. 1999
- Der unbequeme Fremde: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland  
empirische Befunde  
Schwalbach/Ts. 2000
- Arzheimer, Kai /  
Schoen, Harald /  
Falter, Jürgen W.; - Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten  
in: Schubarth/Stöss (Hg.):  
Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland:  
Eine Bilanz  
Opladen 2001; S. 220 ff.
- Backes, Uwe /  
Moreau, Patrick - Die extreme Rechte in Deutschland:  
Geschichte - gegenwärtige Gefahren - Ursachen-  
Gegenmaßnahmen  
München 1994
- Bergmann, Werner - Antisemitismus  
in: INFORMATIONEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG,  
Heft 271: Vorurteile - Stereotype - Feindbilder  
Bonn 2001
- Biedenkopf, Kurt - Gewalt überwinden, die politischen Kulturen schützen  
Vom Schutz der Gesellschaft durch das Zivilrecht  
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.08.2000
- Birsl, Ursula - Rechtsextremismus: weiblich - männlich, eine Fallstudie  
Opladen 1994
- Bitzan, Renate - Skingirls, Reenies, Mädelschar und nationale  
Weiberaktion: Auch rechte Frauen pochen auf Frauenrechte  
(Interview)  
in: DAS PARLAMENT, 44/2000
- Rechte Frauen, Skingirls, Walküren und feine Damen  
Berlin 1997
- Brosius, Hans-Bernd /  
Esser, Frank - Eskalation durch Berichterstattung?  
Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt  
Opladen 1995
- Büchner, Britta - Rechte Frauen: Frauenrechte und Klischees der  
Normalität - Gespräche mit Republikanerinnen  
Pfaffenweiler 1995
- Bundesministerium des  
Innern /Bundesministerium  
der Justiz (Hg.) - Erster Periodischer Sicherheitsbericht  
Bonn 2001

- Bundesministerium des Innern / Wahl, Klaus (Hg.) - Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus: Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern  
Schriftenreihe TEXTE ZUR INNEREN SICHERHEIT  
Berlin 2001
- Butterwegge, Christoph - Die politische "Mitte" rückt nach rechts (Auszug)  
in: junge welt, 19.06.2002
- Eckert, Roland / Willems, Helmut / Würtz, Stefanie - Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Muster  
im empirischen Test  
in: POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT, Sonderheft 27/1996: Rechtsextremismus - Ergebnisse und Perspektiven der Forschung  
Opladen 1996
- Falter, Jürgen W. - Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinten Deutschland  
München 1994
- Feldmann, Renate - Nicht beachtet - nicht vorhanden? Frauen als rechtsextreme Akteurinnen  
in: FEMINA POLITICA 10, 1/2001, S. 85ff.
- Frindte, Wolfgang / Wahl, Klaus / Neumann, Jörg - Biografische Hintergründe und Motivationen fremdenfeindlicher Gewalttäter  
Jena/München 2001
- Ganter, Stephan - Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland  
Bonn 1998 ([library.fes.de/fulltext/asfo/00256toc.htm](http://library.fes.de/fulltext/asfo/00256toc.htm))
- Gessenharter, Wolfgang / Fröchling, Helmut (Hg.) - Rechtsextremismus und die Neue Rechte in Deutschland  
Opladen 1998
- Guggemos, Peter - Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Das Angebot der Partei und die politische Nachfrage  
Würzburg 2000
- Heitmeyer, Wilhelm - Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt a.M. 2002
- Heitmeyer, Wilhelm - Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation  
Weinheim/München 1987
- Heitmeyer, Wilhelm / Müller, Joachim - Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen: Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen  
Bonn 1995
- Hofmann-Göttig, Joachim - Der Jugend eine Zukunft: Aktuelle Schlaglichter auf die politische Herausforderung durch die nachwachsende Generation  
Mainz 2001

- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen - Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen - Bestandsaufnahme, Hintergründe und Gegenstrategien  
Düsseldorf 2001
- Institut für Kriminalwissenschaften und Fachbereich Psychologie - Sozialpsychologie - der Philipps-Universität Marburg - Düsseldorf Gutachten: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen  
Düsseldorf 2002
- Jaschke, Hans-Gerd - Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte  
in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 12/1992, S. 1437 ff.
- Für eine aktive Bürgergesellschaft - Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000  
Mainz 2000
- Sehnsucht nach dem starken Staat - Was bewirkt Repression gegen rechts?  
in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39, 22.09.2000
- Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe - Positionen - Praxisfelder  
Wiesbaden 2001
- Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen - Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen, 13. Auflage, 2002
- Koopmans, Ruud - Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als einwanderungs- und ausländerpolitisches Problem  
in: Andrea Grimm (Hg.): Rechtsextremismus. Bestandsaufnahme, gesellschaftliche und politische Folgerungen  
Loccum 2000, S. 21
- Körper, Fritz Rudolf - Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Politische Gegenstrategien  
in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien  
Bonn 1999
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW - Landtagswahl 2000: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen  
Düsseldorf 2000
- Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Antidiskriminierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen  
Ergebnisse der Evaluation der mit Landesmitteln geförderten Antidiskriminierungsprojekte  
Solingen 2001

- Landtag  
Nordrhein-Westfalen
- Drucksache 13/338  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
'Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen'  
Düsseldorf, 03.11.2000
  - Drucksache 13/1146  
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der  
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
'Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen'  
Düsseldorf, 07.05.2001
- Meyer, Birgit
- Mädchen und Rechtsradikalismus  
in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE  
POLITIK, 5/1991; S. 601ff.
- Ministerium für Frauen,  
Jugend, Familie und Gesund-  
heit des Landes NRW
- Rechtsextremismus und Gewalt: Ergebnisse einer  
Repräsentativbefragung bei Jugendlichen  
Düsseldorf 2001
- Ministerium für Wirtschaft  
und Mittelstand, Energie und  
Verkehr des Landes NRW
- neue wirtschaft: nrw  
Botschafter für Toleranz und Weltoffenheit  
Düsseldorf 2001
- Möller, Kurt
- Rechte Kids: Eine Langzeitstudie über Auf- und Ab-  
bau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis  
15jährigen;  
Weinheim/München 2000
  - Gewalt und Rechtsextremismus, Konturen - Erklärungsan-  
sätze - Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen  
Hannover 2001
- Neumann, Jörg /  
Eschler, Stephan u.a.
- Prävention und Intervention  
in: Frindte, Wolfgang / Wahl, Klaus / Neumann, Jörg:  
Biografische Hintergründe und Motivationen fremden-  
feindlicher Gewalttäter  
Jena/München 2001, S. 181-195
- Niedermayer, Oskar /  
Brähler, Elmar
- Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland  
Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002  
Berlin 2002
- Pfahl-Traugber, Armin
- Rechtsextremismus in der Bundesrepublik  
München 1999
  - Warum kommt es zum Rechtsextremismus? - Versuch einer  
Forschungsbilanz zu den Ursachen des Rechtsextremismus;  
in: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN: Verfassungss-  
chutz - Bestandsaufnahme und Perspektiven  
Halle (Saale) 1998
- Pfeiffer, Thomas
- Für Volk und Vaterland - Das Mediennetz der Rechten -  
Presse, Musik, Internet  
Berlin 2002

- Pfeiffer, Thomas /  
Jansen, Kerstin /  
Stegmann, Tim /  
Tepper, Sandra
- Vom Aufstand der anständigen Presse - Rechtsextremismus  
-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen  
in: Butterwege, Christoph / Cremer, Janin u.a.:  
Themen der Rechten - Themen der Mitte - Zuwanderung,  
demografischer Wandel und Nationalbewusstsein  
Opladen 2002, S. 267-288
- Renz, Mariel
- "Lebenshüterin im Volkstum, Bewacherin und Spenderin  
ist die Frau": Frauenbilder in rechtsextremem Ideologien  
in: Wlecklik, Petra (Hg.): Frauen und Rechtsextremismus Göt-  
tingen 1995
- Rommelspacher, Birgit
- Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus  
in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsex-  
tremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz  
Opladen 2001, S. 199 ff.
- Roßocha, Volker
- Bekämpfung von Rechtsextremismus und  
Fremdenfeindlichkeit: Strategien, Bündnisse und Initiativen  
auf der betrieblichen Ebene  
in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung: Rechtsex-  
tremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutsch-  
land: Erscheinungsformen und Gegenstrategien  
Bonn 1999, S. 73-79
- Schubarth, Wilfried
- Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und  
fremdenfeindliche Gewalt - Möglichkeiten und Grenzen schu-  
lischer und außerschulischer Prävention  
in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsex-  
tremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz  
Opladen 2001, S. 249 ff.
- Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen  
Rechtsextremismus  
in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.39, 22.09.2000
- Schubarth, Wilfried /  
Stöss, Richard (Hg.)
- Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland:  
Eine Bilanz  
Opladen 2001
- Siller, Gertrud
- Rechtsextremismus bei Frauen: Zusammenhänge  
zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politi-  
schen Orientierungen  
Opladen 1997
- Stöss, Richard
- Rechtsextremismus im vereinten Deutschland  
Hg.: Friedrich-Ebert Stiftung  
Bonn 2000
- Stöss, Richard /  
Niedermayer, Richard
- Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit  
und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der  
Bundesrepublik im Frühsommer 1998  
Berlin 1998 ([www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm](http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm))

- Tolmein, Oliver - Strafrechtliche Reaktionsmöglichkeiten auf rassistisch motivierte Gewaltdelikte  
in: Zeitschrift für Rechtspolitik 2001, Heft 7, S. 315-319
- Wahl, Klaus - Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus  
Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern  
Berlin 2001  
Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern,  
Schriftenreihe "Texte zur Inneren Sicherheit"
- Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen des Aufwachsens junger (rechtsorientierter) Menschen  
unveröffentlichtes Vortragsmanuskript (11. Niedersächsischer Jugendgerichtstag) vom 29.05.2001
- Studie zur Struktur biografischer Hintergründe und Motivation fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Tatverdächtiger und Straftäter in Deutschland  
in: BUNDESKRIMINALAMT (Hg.): Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit  
Neuwied/ Kriftel 2001
- Wahl, Klaus / Tramitz, Christiane - New Look in der Sozialforschung- Fremdenfeindlichkeit:  
Die tiefen Wurzeln extremer Emotionen  
in: DJI BULLETIN, Heft 51/52, Oktober 2000
- Wahl, Klaus / Tramitz, Christiane / Blumtritt, Jörg - Fremdenfeindlichkeit: Auf den Spuren extremer Emotionen  
Opladen 2001
- Willems, Helmut u.a. - Fremdenfeindliche Gewalt: Einstellungen, Täterstrukturen, Konflikteskalation  
Opladen / Bonn 1993
- Willems, Helmut / Würtz, Stefanie / Eckert, Roland - Analyse fremdenfeindlicher Straftäter  
Bonn 1994